

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
2. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Täglich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 59631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 M.-Pfg., für einen Monat 2.40 M., aus-
schließlich Zustellungsgebühr. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen,
die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder
Streichs haben die Besteller keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Lokale Anzeigen 30 M.-Pfg., auswärtige Anzeigen 30 M.-Pfg., örtliche Reklamen
M.-Pfg., auswärtige Reklamen M.-Pfg. 1.50 für die einpaltige Kolonchelle oder deren Raum.
— Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr
übernommen. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen
spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegraphische Adresse: Tagblatt Wiesbaden. Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastaus. Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7466.

Nr. 210. Mittwoch, 3. August 1932. 80. Jahrgang.

Urlaub von der Politik.

Reichsrat ohne Preußen. — Die Regierungsfrage ruht. — Zentrum und Nationalsozialisten.

Kommunistische Anträge.

an. Berlin, 3. Aug. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) Reichskanzler v. Papen hat gestern nach-
mittags einen kurzen Urlaub angetreten und eine Reihe
anderer Minister und führender Ministerialbeamter be-
nutzen ebenfalls den Burgfrieden für eine kurze Er-
holung. So kann man sagen, daß zurzeit die Politik auf
Urlaub gegangen ist. Freilich gab es gestern im Reichs-
rat noch ein sehr bemerkenswertes Zwischenpiel, das
zeigte,

wie stark bei den süddeutschen Ländern trotz der
Stuttgarter Länderkonferenz noch immer die
Bedenken gegen die gegenwärtige Regelung in
Preußen sind.

Aber auch hier zeigt sich, daß die Regierung v. Pa-
pen den Bogen nicht überspannen und die süddeutschen
Länder nicht unnötig verärgern will. Bekanntlich geht
es um die Gefahr der Überstimmung der süddeutschen
Länder, falls der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als
Reichskommissar für Preußen die gegenwärtigen kom-
missarischen preußischen Minister als Reichsratsmit-
glieder instruieren würde. Eine Entscheidung ist gestern
noch nicht getroffen worden. Die Bevollmächtigten
Preußens waren nicht erschienen, weder Dr. Bracht,
noch die übrigen kommissarischen Minister nahmen ihre
Plätze ein. Das geht auf eine Anweisung des Reichs-
kommissars v. Papen zurück, der dadurch vor den Ver-
tretern der übrigen Länder dokumentieren wollte, daß
die Reichsregierung nicht die Absicht habe, mit Hilfe der
preußischen Stimmen die übrigen im Reichsrat ver-
tretenen Länder zu majorisieren. Es war eine be-
ruhigende Geste des Entgegenkommens, den protestieren-
den Staaten gegenüber. Am schärfsten brachte der
bayerische Vertreter den Protest zum Ausdruck. Er er-
klärte, seine Regierung sei der Ansicht, die jetzige Zu-
sammensetzung des Reichsrates entspräche nicht der Ver-
fassung. Deshalb sei der Reichsrat auch nicht in der
Lage, die ihm verfassungsmäßig zukommenden Rechte
auszuüben. Im übrigen war die Tagesordnung des
Reichsrates gestern nicht sehr belangreich. Es handelte
sich durchweg um Vorlagen von untergeordneter Bedeu-

tung, aber auch bei ihnen gilt der Vorbehalt der Ver-
fassungsmäßigkeit.

Der Reichsrat hat also gestern wohl getagt, aber
er ist trotzdem nicht funktionsfähig, solange der
Staatsgerichtshof nicht über die Verfassungs-
mäßigkeit der eingesetzten Regierungskommissare
endgültig entschieden hat.

Im übrigen ist, wie gesagt, die Politik auf Urlaub ge-
gangen. So finden denn auch keine Verhandlungen
über eine endgültige Regierungsumbildung statt, son-
dern diese Frage ruht bis nach dem Verfassungstag.
Das Reichskabinett steht auf dem Standpunkt, daß eine
Koalitionsregierung nicht möglich ist und daß es selbst
durchaus weiter regieren kann. Wenn von national-
sozialistischer Seite der Wunsch nach einer Beteiligung
an der Reichsregierung geäußert werden sollte, wird er
allerdings bei dem Kanzler sicher nicht auf Ablehnung
stoßen. In Zentrumskreisen wünscht man eine der-
artige Beteiligung der Nationalsozialisten an der Re-
gierung zweifellos, ja man wird sie vielleicht zur Be-
dingung für eine Tolerierung machen. So fordert auch
heute die „Germania“:

„daß in dem Verhältnis der Nationalsozialisten
zur Reichsregierung künftig nicht nur der Nutzen,
sondern auch die Verantwortung erkennbar wird.“

Ob man in nationalsozialistischen Kreisen bereit ist, die
Verantwortung mit zu übernehmen, bleibt abzuwarten.
Die neue Situation soll in den nächsten Tagen in
München auf einer Führerversammlung geprüft werden.
Die nationalsozialistische Presse unterstreicht sehr stark
die Forderung nach einem schärferen Vorgehen der
Reichsregierung gegen die kommunistische Partei, deren
Verbot unbedingt erforderlich sei. Es wird also hier
eine Maßnahme verlangt, die der Kanzler bisher nicht
hat treffen wollen. Die Kommunisten selbst dagegen
können offenbar den Zusammenschluß des Reichstages
gar nicht abwarten. Sie haben jetzt schon die üblichen
Anträge formuliert, in denen ein Verbot der SA ge-
fordert und der Reichsregierung das Mißtrauen be-
drückt wird. Darüber hinaus fordern die Kommunisten
sofortige Einberufung des Reichstages, aber auch hier-
mit werden sie kein Glück haben, da ja bestimmte Fristen
eingehalten werden müssen. Daher dürfte der Reichs-
tag schwerlich vor dem 23. August zusammentreten.

Die Schiedsrichter der Welt.

Kleinstaat und Neutrale haben seit Jahr und Tag
verstimmt auf die Sonderberatungen der Großmächte,
die im Haag, in Genf, Lausanne und überall, wo man
zusammenkam, hinter verschlossenen Türen allein mit-
einander die wichtigsten Angelegenheiten behandelten
und verhandelten, bis es an der Zeit war, ein abge-
schlossenes Ergebnis auf den Tisch zu legen, dem die
übrigen mehr oder minder gezwungen schließlich zu-
stimmen mußten. Inzwischen ist insofern eine grund-
legende Änderung eingetreten, als Deutschland und
Italien aus diesem Konzert so gut wie völlig ausge-
schaltet sind. Nur noch die Angelsachsen und Frankreich
beraten und gestalten sich dann, den übrigen die Ergeb-
nisse, nicht etwa zur Begutachtung, sondern zur Mit-
unterschrift zu unterbreiten. Am deutlichsten geschah das
auf der Abrüstungskonferenz, aber tatsächlich ist ja auch
das Vertrauensabkommen eine Angelegenheit gewesen, die
nur zwischen MacDonald und Herriot vereinbart
wurde. Schon in der Einladung an die übrigen euro-
päischen Staaten lag etwas Herabsetzendes. Nicht an
Polen, Rumänien und Tschechoslowakei, die ja gewohnt
sind, sich nach den Pariser Wünschen zu richten, aber an
Italien und Deutschland, die bisher wenigstens, mit am
Tisch saßen.

Jetzt hat der faschistische Luftfahrtminister, General
Balbo, im Gegensatz zu seinen meisten Kollegen, in
der Welt Fachmann und Führer von Flugzeuggeschwa-
dern, seinem Anmut in einem Artikel Ausdruck gegeben,
der gleichzeitig im „Popolo d'Italia“ und im Mailänder
„Corriere della Sera“ erschienen ist. Wir gehen dabei
auf die Vorgänge in Genf nicht mehr ein, die er breit
behandelt. Wichtig ist nur die Drohung Italiens, aus
der Abrüstungskonferenz auszutreten. Sie ist zweifel-
los im Einverständnis mit Mussolini erfolgt und
insofern außerordentlich beachtlich. Dabei erklärt Balbo,
Rom werde nicht allein bleiben, und es werde die Luft-
führer, die „durch die ungesunden Rebell, die vom
St. Jakobsee aufsteigen, verpestet ist“. St. Jakob ist
der historische Name der Schweizer für den Lac Lemman,
an dem sie ihren großen Sieg über Karl den Kühnen
von Burgund erfochten haben, und der auch in der
deutschen Fassung der Nationalhymne wiederkehrt. So
scharf ist der Unwille über die Abrüstungskomodie bis-
her noch nicht geäußert worden. Man muß allerdings
berücksichtigen, daß die Entschleierung Benetts gerade die
Luftwaffe besonders aufgriff, während sie sonst sehr be-
hutsam verfuhr. Die Luftkreuzer aber sind wie Balbo
bekannt, die Waffe der finanziell schwachen und jungen
Völker. In Genf ist eben der Wille der Großen beson-
ders einseitig durchgedrückt worden.

Seit jenem 13. Juli, an dem sich Herriot und
MacDonald miteinander verständigten, hat die
internationale Politik ein neues Gesicht bekommen. Wir
haben ja sofort unsere Bedenken ausgesprochen und en-
gegen den Beschwichtigungen, die an der Themse beliebt
wurden, die man aber auch in Berlin aufgriff, um zu
beruhigen, den Sinn der Entente cordiale in der Hege-
monie der beiden Westmächte über Europa gesehen.
Amerika war dabei zweifellos genau unterrichtet, was
man von uns und Italien nicht sagen kann. Es hat sich,
wenn auch nicht formell, denn in die Angelegenheiten
des alten Erdteils mischt man sich in Washington grund-
sätzlich nicht ein, doch tatsächlich eingeschlossen. Deshalb
auch die überraschende Haltung auf der Abrüstungs-
konferenz, die allen vorangegangenen Erklärungen
widersprach. Wie eng die Beziehungen geworden sind,
zeigte auch die Rede des Prinzen von Wales, also des
künftigen britischen Königs, bei einer Denkmalsent-
hüllung in Thiepval zum Andenken an die Somme-
schlacht. Schon die Bemerkung, Frankreich und Groß-
britannien hätten am meisten Blut „zur Sicherung des
Friedens“ geopfert, ist reichlich auffallend, und muß am
Tiber unangenehm genug empfunden werden, wo man
ja mit Recht betont, daß man wertvolle Dienste gegen
die einstigen Verbündeten geleistet habe, auch wenn
man im Weltkrieg militärisch nicht gerade vorteilhaft
abschnitt. Der Prinz sprach von der Entwicklung des
Freundschaftsgeistes unter den Nationen, wobei er aus-
drücklich an die Freundschaften während des Krieges er-
innerte. Die ganze Rede erweckt den Eindruck, daß er
die Entente als geschaffen betrachtet.

Selbstverständlich hat der Präsident der französischen
Republik, Lebrun, in dieselbe Kerbe gehauen, und das
unverbrüchliche Zusammengehen beider Länder gefeiert.
Man kann, wenn man sich die Stellung Englands und
Frankreichs in den vergangenen Nachkriegsjahren in
das Gedächtnis zurückruft, anderer Anschauung sein.
Aber über diese Meinungsverschiedenheiten geht man
heute auf beiden Seiten des Kanals absichtlich hinweg.
Lebrun sagte auch, — und das weist nochmals in die
gleiche Richtung, — daß die Bundesgenossen von 1914
sich mehr denn je zusammenzuschließen müßten, wie es
schon in der gemeinsamen Erklärung vom 13. Juli der

Die schwierige Lage der Gemeindefinanzen.

Vorverlegung der Bürgersteuertermine?

Berlin, 3. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Wenn auch zu-
nächst eine gewisse Beruhigung nach außen hin in der Lage
der Gemeindefinanzen festzustellen ist, so bestehen doch, wie
wir aus gut unterrichteten Kreisen erfahren, nach wie vor
die ernstesten Schwierigkeiten, deren Behebung
spätestens im Frühjahr erfolgen muß, wenn die Gemeinden
über den Winter hinweg kommen sollen. Für die nächsten
Monate wird die Reichshilfe noch ausreichen. Durch den
Wegfall der Bürgersteuer ist die Wirkung der Reichsmah-
nahmen für die Gemeinden zum mindesten stark reduziert
worden. Einzelne Gemeinden sind durch den Wegfall in eine
gefährdete Lage gekommen, was auch Schwierigkeiten bei
den Steuerüberweisungen an den Staat zur Folge hatte.
Aus diesem Grunde dürfte die Frage der Vorverlegung
der Bürgersteuertermine für 1932 sehr bald
zur Debatte gestellt werden. In gut unterrichteten Kreisen
nimmt man an, daß nach Erledigung der großen innenpoli-
tischen Fragen, also Ende September oder Anfang Oktober
eine entsprechende Lösung seitens der Reichsregierung her-
beigeführt werden muß. Bis dahin hoffen sich die Gemeinden
über Wasser halten zu können. Im letzten Viertel des lau-
fenden Jahres wird man dann zur Anwendung der Bürger-
steuertermine schreiten. Ob die Überweisungen an den Staat
inne gehalten werden können, hängt von der Haltung des
Staates selber ab. Die kommunalen Spitzenverbände legen
größten Wert darauf, daß unter allen Umständen die glatte
Abwicklung dieser Überweisungen der Gemeinden an den
Staat durchgehalten wird, schon um für die weiteren
Nationen keine Unklarheiten aufkommen zu
lassen.

Die Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin.

Gesundheitszustand durchaus gut.

Berlin, 3. Aug. Der Reichspräsident beabsichtigt,
wie wir hören, nächste Woche nach Berlin zurückzukehren.
Sein Gesundheitszustand ist, wie gegenüber in
Berlin umlaufenden völlig unbegründeten Gerüchten hervor-
gehoben zu werden verdient, durchaus gut.

Deutsch-französisches Abkommen über die Sozialversicherung.

Zwei Grundsätze.

Paris, 3. Aug. (Drahtmeldung unserer Pariser Ver-
tretung.) Die deutsch-französischen Verhandlungen über die
Anwendung der Sozialversicherungen, die zunächst in
Frankfurt a. M. und später in Paris geführt worden
sind, wurden am Dienstag abgeschlossen. Minister-
präsident Herriot und der deutsche Botschafter von Hoersch
unterzeichneten ein Abkommen, dem sich auch die Rege-
rungskommission des Saargebietes angeschlossen hat und das
die Beziehungen zwischen Frankreich, Deutschland und dem
Saargebiet hinsichtlich der Sozialversicherungen regelt. In
diesem Abkommen werden folgende zwei Grundsätze
festgelegt:

1. Die französischen und deutschen Arbeiter und Angestell-
ten, die in einem der drei Länder der Sozialversicherung
unterliegen, werden hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten
gleichgestellt.
2. Die Arbeiter und Angestellten, gleich welcher Nation,
die in einem der drei Länder in die Sozialversicherung auf-
genommen worden sind, bleiben im Genuß der ihnen zu-
stehenden Pensionen, solange sie in einem der drei Länder
wohnen. Ferner wird die Zeit, die sie nacheinander in den
drei Ländern der Versicherung angehört haben, bei der Fest-
setzung ihrer Ansprüche auf die Versicherungsleistung be-
rücksichtigt, und bei der Errechnung der Höhe ihrer Ansprüche
vollständig in Anrechnung gebracht.

Dieses Abkommen, das von der Regierung ratifiziert
werden muß, wird durch Sonderabkommen ergänzt,
insbesondere durch ein Sonderabkommen über die Berg-
arbeiter-Pensionen.

Die Verfassungsfeier am 11. August.

In der üblichen Form.

Berlin, 2. Aug. Entgegen verschiedenen Presseäußerungen
wird von unterrichteter Seite erklärt, daß die Verfassungs-
feier am 11. August in der üblichen Form stattfinden wird.
Reichspräsident von Hindenburg wird an der Ver-
fassungsfeier teilnehmen. Bei der Feier im Reichstag werden
Reichsinnenminister Freiherr von Gans und Reichskanz-
ler von Papen das Wort ergreifen. Im Anschluß daran
wird auch die übliche Parade der Ehrenkompanie statt-
finden.

Einspruch der Länder.

Berlin, 2. Aug. Der Reichsrath hielt am Dienstag seine erste Vollsitzung nach der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen ab. Der Sitzung waren Verhandlungen vorausgegangen, die zum Ergebnis hatten, daß die Vertreter der jetzigen preussischen Staatsregierung bezw. die durch die jetzige Staatsregierung inkurierten Reichsrathsvertreter zu der Sitzung nicht erschienen waren.

Den Vorsitz führte Reichsinnenminister von Gayl, der die Sitzung mit einem Nachruf für die Opfer des "Kriobe"-Unglücks eröffnete. Der Minister sprach allen denen, denen durch diese Katastrophe schwerstes Herzensleid zugefügt worden sei, den Eltern, den Kameraden und der Marine das Beileid des Reichsrates aus.

Der Minister gab dann eine Erklärung ab, in der er auf die Verordnung über die Einziehung des Reichscommissars in Preußen Bezug nahm. Einzelne Länder und Bevollmächtigte der preussischen Provinzen hätten bereits in der Ausschussung vom 27. Juli ihre Stellungnahme zu der Rechtsfrage bekanntgegeben und sich unter Wahrung ihres Rechtsstandpunktes zur Mitarbeit im Reichsrat bereit erklärt. Die Reichsregierung habe von den Erklärungen Kenntnis genommen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und den Ländern im Reichsrat sich weiter reibungslos vollziehen werde, zumal Gewähr gegeben sei, daß die Rechtsfrage durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs baldigst endgültig geklärt werde.

Der Vertreter der bayerischen Regierung gab darauf eine Erklärung ab, in der es heißt, daß es mit dem Verhältnis zwischen Reichsrath und Reichsregierung nicht zu vereinbaren sei, daß Bevollmächtigte zum Reichsrath durch ein Organ der Reichsregierung ernannt und mit Weisungen versehen würden. Die bayerische Staatsregierung sei der Auffassung, daß die derzeitige Zusammensetzung des Reichsraths nicht der Reichsverfassung entspreche und daß der Reichsrath nicht in der Lage sei, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Von einem Vortragsantrag sehe Bayern nur ab, weil dafür keine Mehrheit zu erwarten sei. Es behalte sich aber ausdrücklich alle weiteren Schritte vor, und könne sich nur unter diesem Vorbehalt an den Verhandlungen beteiligen.

Rechtsvermehrung Deutschlands.

Berlin, 2. Aug. Der diplomatische Zwischenfall in Warschau, bei dem durch die Hissung einer polnischen Fahne in dem Garten der Wohnung des deutschen Geschäftsträgers eine Verletzung der Exterritorialität erfolgt ist, wird von der polnischen Presse und auch der polnischen Telegraphenagentur weiter in völlig entstellender Weise erörtert.

Demgegenüber wird von zuständiger Stelle erklärt, daß der deutsche Geschäftsträger beauftragt worden ist, gegen die Verletzung der Exterritorialität Rechtshilfe einzulegen.

Über den Vorfall selbst hat Geschäftsträger Dr. von Rintelen einen weiteren Bericht übermittelt, in dem die falsche polnische Darstellung erneut richtig gestellt wird. Dr. von Rintelen schildert, daß die drei polnischen Polizisten durch den Förstner in den Garten hineingelassen wurden, als er gerade die Fäbne entfernt hatte. Offenbar befehligte der Förstner einen Reserve Schlüssel zu dem verriegelten Garten. Die polnischen Beamten stellten dem Geschäftsträger, als er in das Haus hineingehen wollte, zur Rede und forderten seine Legitimation. Dr. von Rintelen machte sie auf das Unzulässige ihres Verhaltens aufmerksam und wies sie auf die Exterritorialität des Gartens und seiner Wohnung hin. Nach seiner Legitimierung entfernten sich die Beamten und brachten dann die Fäbne an der Außenleite des Gartens an.

Das Verhalten des deutschen Geschäftsträgers berechtigt.

Berlin, 2. Aug. Der polnische Gesandte suchte heute nachmittag den Reichsminister des Auswärtigen auf, um unter Übergabe einer Sachdarstellung über den Flaggenzwischenfall vom 31. Juli wegen des Verhaltens des deutschen Geschäftsträgers in Warschau Vorstellungen zu erheben. Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem Gesandten erklärt, daß er eine Beschwerde über das Verhalten des Geschäftsträgers zurückweisen müsse; die Angelegenheit sei auf Grund der Meldungen des Geschäftsträgers bereits geprüft worden, sein Vorgehen sei nach der völkerrechtlichen Übung völlig berechtigt gewesen.

Ein kommunikativer Antrag.

Berlin, 2. Aug. Die Kommunisten hatten vor einiger Zeit die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags zur Beiprehung des Lausanner Abkommens und anderer Fragen beantragt. Da Sozialdemokraten und Zentrum sich der kommunistischen Forderung angeschlossen, war an sich eine Mehrheit für die Ausschusseinberufung vorhanden. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Abg. Dr. Fried. (Nat.-Soz.) hat jedoch in einem vom Samstag datierten Schreiben der kommunistischen Fraktion mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Reichstagsneuwahl, die eine vollkommen veränderte Zusammensetzung des Reichstags und seiner Ausschüsse zur Folge habe, die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses a b h e n. Der Auswärtige Ausschuss des alten Reichstags besteht ebenso wie der Überwachungsausschuss bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags weiter und kann also auch nach der Reichstagsneuwahl noch Sitzungen abhalten. Die Kommunisten wollen sich deshalb mit der Entscheidung des Vorsitzenden nicht zufrieden geben und versuchen, trotzdem die Einberufung des Ausschusses noch durchzuführen.

Der Vertreter Württembergs nahm in einer Erklärung Bezug auf das Schreiben der württembergischen Regierung an den Reichspräsidenten und unterstrich gleichfalls nochmals die starken Bedenken der württembergischen Regierung hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Instruktionen der preussischen Bevollmächtigten. Er sprach den Wunsch aus, daß bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs nur dringliche Angelegenheiten im Reichsrath beraten werden.

Die Vertreter Badens, Heßens, Hamburgs, Zuoers, Bremens, Lipps und Schaumburg-Lippes schlossen sich den abgegebenen Erklärungen an. Schaumburg-Lippe äußerte zugleich den Wunsch, daß die Reichsregierung alles versuche, um eine Bescheinigung des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof herbeizuführen.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Hamacher, ge-
namens der preussischen Provinzen Grenzmark-Posen-Pom-
preußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Westfalen,
Hessen-Kassau und Rheinprovinz eine Erklärung ab, in der
es heißt, daß die Zusammenlegung des Reichsrats nicht durch
Aufhe eines Reichstammisars verändert werden könne, und
daß Verwahrung gegen das Vorgehen des
Reiches eingelegt werde. Angesichts der Thatlage, daß der
Stuhl der preussischen Staatsregierung
heute unbesetzt sei, werde von der Stellung eines An-
trags auf Vertagung der Vollziehung abgesehen. Die Teil-
nahme an der heutigen Beratung und Beschlussfassung könne
nur mit der Einschränkung erfolgen, daß die Kadenzierung
der Rechtmäßigkeit der Plenarsitzung, in der die Regierung
des größten Landes nicht vertreten sei, vorbehalten bleibe.
Damit waren die Erklärungen beendet. Die Rechtsfrage soll
im Verfassungsausschuß des Reichsrats noch einer Prüfung
unterworfen werden.

Der Reichsrat trat dann in die Tagesordnung ein und beschäftigte sich mit der Verordnung über Handelsklassen für Weizen, Roggen, Futtergerste und Hafer und mit den Ausführungsbestimmungen über die Gutachterstellen für Handelsklassen.

erklärte sich der Reichsrath dann damit einverstanden, daß für die nächsten drei bis vier Wochen eine Beratun gspause eintritt. Minister von Cancl wies dabei darauf hin, daß vor dem Zulauftrenit der neu gewählten Reichstags, also vor Ende August, irgendwelche neuennwerten Vorlagen an den Reichsrath nicht gelangen könnten.

Der Verdacht gegen die Ehl.

Berlin, 2. Aug. Zu den Königsberger Vorgängen wird vom preussischen Innenministerium mit allem Nachdruck betont, daß nach den letzten Meldungen aus Königsberg dort absolute Ruhe herrscht. Die Polizei ist durchaus Herr der Lage. Gestern nachmittag wurde eine größere Anzahl Flugblätter, in denen zum Massenstreik aufgefordert wurde, beschlagnahmt. Im übrigen ist die Königsberger Polizei durch Heranziehung auswärtiger Polizeimannschaften verstärkt worden. Es sind in großer Anzahl Polizeistreifen unterwegs. Die einzelnen Reviere sind nur noch mit wenigen Beamten besetzt. Ferner sind vom Regierungspräsidenten besondere Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erlassen worden.

Insgesamt wurden bisher 40 Personen festgenommen. Bei der beschleunigt durchgeführten Untersuchung und der Vernehmung der Festgenommenen haben sämtliche ihre Aussagen hartnäckig verweigert, so daß die Nachforschungen nach ihrer politischen Zugehörigkeit bisher ergebnislos geblieben sind. Die weitere Untersuchung ist in die Hände der Staatsanwaltschaft übergegangen.

Von zuständiger Stelle wird zu dem bisherigen Ergebnis erklärt, wenn bestimmte politische Gruppen besonders in Verdacht geraten sind, so war dafür die Tatsache maßgebend, daß bei der Inbanziehung der Tankstellen SA-Leute in Uniform festgenommen worden sind, und daß weiter ein junger SA-Mann bei seiner Vernehmung ausgefragt hat, ein SA-Führer habe zu Plünderungen aufgefordert. Doch wird diese Aussage von der Nationalsozialistischen bekritten.

Aus dem Königsberger Straßenbild sind die sonst zahlreichen SA-Uniformen verschwunden. Die Parteizeichen werden nicht mehr sichtbar getragen.

Keine Blutopfer.

Marienburg, 2. Aug. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr gaben mehrere Unbekannte vor der Gastwirtschaft in Marienburg-Tessenorf Schreckschüsse ab, forderten den Wirt aus, auf die Straße zu kommen und zwangen ihn, das Überfallkommando Marienburg alarmieren. Während der Abwesenheit des Überfallkommandos aus Marienburg wurden dann die Anschläge ausgeführt. Die Täter hatten vor der Wohnung des Polizeispektors Kiedel mehrere Schüsse abgegeben und legten mit Säure und Eisenstücken gefüllte Flaschen, sowie ein leeres Gasrohr gegen die Wohnung geworfen. Die Einschläge stellen der Geschosse konnten bisher nicht festgestellt werden, doch fand man auf der Straße vier Patronen und die Armeepistole 08, zwei an der Wohnung des Kiedel liegenden Leitungen der Post und der Reichsanstalt waren von den Tätern durchschnitten worden, in der Annahme, daß sie in die Wohnung des Rudolph führte. In der Wohnung des Stadthourates Mollenhauer wurden Fenster durch Steinwürfe zertrümmert und ebenfalls zwei Säureflaschen geworfen. Der Vorsitzende des Marienburg-Gewerkschaftsrats Rahn wurde aufgefordert, sofort auf der Straße zu erscheinen. Rahn folgte jedoch, durch die Königsberger Vorgänge gewarnt, der Aufforderung nicht. Die Unbekannten mußten sich damit begnügen, heftig gegen die Wohnungstür zu trommeln.

Ausichtsvolle Verhandlungen.

Paris, 2. Aug. Nach einer Meldung der Agentur *Le* pacifique aus Kanton nehmen die zwischen Kanton und Moskau geführten Verhandlungen zur Wiedernahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und China einen guten Verlauf. Lediglich der Abschluß eines von China gewünschten Nichtangriffspactes bedarf noch Regelung.

Zall gewesen sei. Natürlich fehlte nicht die Unterstreichung der französischen These von der unbedingten Aufrechterhaltung der Verträge, der Diktate von Versailles und St. Germain. Es ist wirklich zwecklos, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß England, genau wie 1928, in das französische Fahrwasser geraten ist.

Umso sondersbarer nehmen sich Vorgänge aus, die sich in den letzten Tagen abgepielt haben. Offenbar hat Hoover das Empfinden, daß die Ergebnisse von Genf doch recht ungenügend sind. Das Staatsdepartement teilte am Montag ziemlich unerwartet mit, daß englisch-amerikanische Verhandlungen über die Abrüstung zur See wieder aufgenommen werden sollen und zwar noch in der Sommerpause, ehe also die Vorbereitungen für die Fortsetzung der Genfer Groteske getroffen werden. Während es noch zuerst hieß, im September würde eine besondere Seeabrüstungskonferenz in London stattfinden, ist das inzwischen dementiert worden. Ganz so eilig hat man es nicht. Bemerkenswert ist nun, daß in Paris ein Kommentar herausgegeben wird, der geradezu als Sabotage angesehen werden muß. Schon in Genf war vereinbart worden, daß die fünf Marinehauptmächte ihre Besprechungen sehr bald von neuem beginnen sollen, um nach Möglichkeit eine Resolution vorzubereiten, die am 20. September dem Büro der Abrüstungskonferenz übermittelt werden soll. Die Franzosen behaupten, man habe dabei lediglich Vereinbarungen rein technischen Charakters ins Auge gefaßt. Die Angelsachsen hätten allerdings den Wunsch geäußert, auch praktische Ergebnisse zu erzielen. Frankreich betrachte diese Anregung als überflüssig, denn die Probleme seien viel zu heikel, auch könnten Doppelmehrungen nur Verwirrung stiften.

Wenn es den Franzosen zweckmäßig erscheint, vollziehen sie ohne Besinnen einen Stellungswechsel. Sie sind plötzlich der Ansicht, die Küstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft müßten ein geschlossenenes Ganzes bilden, aus denen man Einzelfragen nicht herausgreifen könne. Man sei nur bereit, sich auf die angekündigte Konferenz einzulassen, wenn von vornherein sicher sei, daß lediglich die technischen Fragen erörtert würden. Binden lasse man sich unter keinen Umständen. Die italienische Antwort fehlt noch. Es wäre durchaus denkbar, daß man sich nun in Rom ganz ähnlich verhält und ebenfalls ein einheitliches Vorgehen auf allen drei Gebieten fordert, nachdem man in Genf so üble Erfahrungen gemacht hat. Bisher war es nie gelungen, die beiden lateinischen Nationen zu einem Kompromiß zu bringen. Das italienische Verlangen nach Gleichberechtigung im Mittelmeer ist von Frankreich immer abgelehnt worden, nur **Brian** hat einmal einiges Entgegenkommen, wenn auch nur mündlich, bewiesen. In Wirklichkeit wird man an der Seine niemals die Wünsche der aufstrebenden Seemacht an der benachbarten Küste irgendwie anerkennen. Man verharret rücksichtslos an der Forderung nach unumschränkter Hegemonie auf dem Kontinent. An sich hat England dabei immer den Vermittler zu spielen versucht und sich Italiens angenommen, mit Ausnahme der Zeit, in der **Salwin** und **Brian** jenes Geheimabkommen abschlossen, das dann durch den Entwürfssturm in Washington, Rom und Berlin hinweggesetzt worden ist. Heute aber muß befürchtet werden, daß die Regierung von **St. James** aus in dieser Hinsicht Frankreich gegenüber genau so schwach sein wird, wie in allen anderen.

Die Entente cordiale ist unnatürlich. Sie war es auch zu Beginn des Jahrhunderts, als Edward Grey jenen berühmten Privatbrief nach Paris schrieb, der Großbritannien in den bevorstehenden Weltkrieg hineinzog. Die Entscheidung 1918 zerstückte die englische Politik, wie sie während des ganzen 19. Jahrhunderts von Pitt, Disraeli Gladstone und Salisbury, sowie Joe Chamberlain folgerichtig durchgeführt wurde. Grey und Lloyd George haben durch ihre Haltung das ermöglicht, was bis dahin mit überlegener Taktik verhindert wurde, nämlich die Auslieferung des Festlandes an Frankreich. Es scheint uns, als ob man unter MacDonald wieder eine Gelegenheit, um rechtzeitig Dämme aufzuwerfen, verpaßt habe. Auch in Lausanne und Genf hätte man dafür die Unterstützung Deutschlands, Italiens und der Vereinigten Staaten, sowie der meisten Neutralen gehabt. Ob es dazu nun zu spät ist, wissen wir nicht. Fast möchten wir es befürchten. Es geht unaufhaltsam auf der abschlüssigen Bahn weiter, obwohl die Sabotage auch jetzt zum hundertsten Male deutlich genug sichtbar wird.

Kontrolle durch die Kirche. — Keine Schmälerung der staatlichen Schulaufsicht.

Berlin, 2. Aug. Im Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen Preussens an der Ertheilung des Religionsunterrichtes im Rahmen des Artikels 149, Abt. 1 der Reichsverfassung gewahrt werden sollten, erneut lebhaft erörtert worden. Die Verhandlungen hierüber waren in wiederholten gemeinsamen Beratungen zwischen dem Unterrichtsministerium, den Vertretern des evangelischen Oberkirchenrats (zugleich namens der der Altpreussischen Union nicht angehörigen preussischen Landeskirchen) und den hauptsächlichsten evangelischen Lehrerverbänden vor den letzten Wahlen zum preussischen Landtag, soweit gefördert worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde. Nach abermaliger Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Bekanntgabe der damals festgestellten Grundsätze entschlossen. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen wird danach den preussischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit geboten, durch Beauftragte, in der Regel staatliche Schulaufsichtsbeamte, ausnahmsweise Leiter oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrer genießen, den Religionsunterricht besuchen zu lassen. Die Neuregelung läßt die Rechte der staatlichen Schulaufsicht unberührt. Die gelegentlich geäußerte Beforgnis, der Staat habe hier wichtige staatliche Grundrechte aufgegeben, ist unbegründet; vielmehr darf mit Recht erhofft werden, daß die jetzt erfolgte Klarstellung des oft umstrittenen Problems im Interesse der Schule wie der Kirchen wirken werde.

Die preußische Frage im Reichsrat.

Einspruch der Länder.

Eine Erklärung des Reichsinnenministers.

Berlin, 2. Aug. Der Reichsrat hielt am Dienstag seine erste Vollsitzung nach der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen ab. Der Sitzung waren Verhandlungen vorausgegangen, die zum Ergebnis hatten, daß die Vertreter der preußischen Staatsregierung beim Reichsrat die durch die jetzige Staatsregierung instruierten Reichsratsvertreter zu der Sitzung nicht erschienen waren.

Den Vorsitz führte Reichsinnenminister von Gahl, der die Sitzung mit einem Nachruf für die Opfer des „Röder“-Unfalls eröffnete. Der Minister sprach allen denen, denen durch diese Katastrophe schweres Herzergleid zugefügt worden sei, den Eltern, den Kameraden und der Marine das Beileid des Reichsrates aus.

Der Minister gab dann eine Erklärung ab, in der er auf die Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen Bezug nahm. Einzelne Länder und Bevollmächtigte der preußischen Provinzen hätten bereits in der Ausschusssitzung vom 27. Juli ihre Stellungnahme zu der Rechtsfrage bekanntgegeben und sich unter Wahrung ihres Rechtsstandpunktes zur Mitarbeit im Reichsrat bereit erklärt. Die Reichsregierung habe von den Erklärungen Kenntnis genommen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und den Ländern im Reichsrat sich weiter reibungslos vollziehen werde, zumal Gewähr gegeben sei, daß die Rechtsfrage durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs baldigst endgültig geklärt werde.

Der Vertreter der bayerischen Regierung gab darauf eine Erklärung ab, in der es heißt, daß es mit dem Verhältnis zwischen Reichsrat und Reichsregierung nicht zu vereinbaren sei, daß Bevollmächtigte zum Reichsrat durch ein Organ der Reichsregierung ernannt und mit Weisungen versehen würden. Die bayerische Staatsregierung sei der Auffassung, daß die derzeitige Zusammensetzung des Reichsrats nicht der Reichsverfassung entspreche und daß der Reichsrat nicht in der Lage sei, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Von einem Vortragsantrag sehe Bayern nur ab, weil dafür keine Mehrheit zu erwarten sei. Es behalte sich aber ausdrücklich alle weiteren Schritte vor, und könne sich nur unter diesem Vorbehalt an den Verhandlungen beteiligen.

Der Flaggenzwischenfall in Warschau.

Rechtsverwahrung Deutschlands.

Berlin, 2. Aug. Der diplomatische Zwischenfall in Warschau, bei dem durch die Hissung einer polnischen Fahne in dem Garten der Wohnung des deutschen Geschäftsträgers eine Verletzung der Exterritorialität erfolgt ist, wird von der polnischen Presse und auch der polnischen Telegraphenagentur weiter in völlig entstellender Weise erzählt.

Demgegenüber wird von zuverlässiger Stelle erklärt, daß der deutsche Geschäftsträger beauftragt worden ist, gegen die Verletzung der Exterritorialität Rechtsverwahrung einzulegen.

Aber den Vorfall selbst hat Geschäftsträger Dr. von Rintelen in einem weiteren Bericht übermitteln, in dem die tatsächliche polnische Darstellung erneut richtiggestellt wird. Dr. von Rintelen schildert, daß die drei polnischen Polizisten durch den Pförtner in den Garten hineingelassen wurden, als er gerade die Fahne entfernt hatte. Offenbar befahl der Pförtner einen Reservewächter zu dem verschlossenen Garten. Die polnischen Beamten stellten den Geschäftsträger, als er in das Haus hineingehen wollte, zur Rede und forderten seine Legitimation. Dr. von Rintelen machte sie auf das Unzulässige ihres Verhaltens aufmerksam und wies sie auf die Exterritorialität des Gartens und seiner Wohnung hin. Nach seiner Legitimierung entfernten sich die Beamten und brachten dann die Fahne an der Außenseite des Gartens an.

Zurückweisung einer Beschwerde des Berliner polnischen Gesandten.

Das Verhalten des deutschen Geschäftsträgers berechtigt.

Berlin, 2. Aug. Der polnische Gesandte suchte heute nachmittag den Reichsminister des Auswärtigen auf, um unter Übergabe einer Sachdarstellung über den Flaggenzwischenfall vom 31. Juli wegen des Verhaltens des deutschen Geschäftsträgers in Warschau Vorstellungen zu erheben. Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem Gesandten erklärt, daß er eine Beschwerde über das Verhalten des Geschäftsträgers zurückweisen müsse; die Angelegenheit sei auf Grund der Meldungen des Geschäftsträgers bereits geprüft worden, sein Vorgehen sei nach der völkerrechtlichen Übung völlig berechtigt gewesen.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses abgelehnt.

Ein kommunistischer Antrag.

Berlin, 2. Aug. Die Kommunisten hatten vor einiger Zeit die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags zur Besprechung des Lausanner Abkommens und anderer Fragen beantragt. Da Sozialdemokraten und Zentrum sich der kommunistischen Forderung angeschlossen, war an sich eine Mehrheit für die Ausschusseinberufung vorhanden. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Abg. Dr. Fria (Nat.-Soz.) hat jedoch in einem am Samstag datierten Schreiben der kommunistischen Fraktion mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Reichstagsneuwahl, die eine vollkommen veränderte Zusammensetzung des Reichstags und seiner Ausschüsse zur Folge habe, die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ablehne. Der Auswärtige Ausschuss des alten Reichstags bestehe ebenso wie der Überwachungsausschuss bis zum Eintritt des neuen Reichstags weiter und kann also auch nach der Reichstagsneuwahl noch Sitzungen abhalten. Die Kommunisten wollen sich deshalb mit der Entscheidung des Reichstags nicht zufrieden geben und versuchen, trotzdem die Einberufung des Ausschusses noch durchzusetzen.

Der Vertreter Württembergs nahm in einer Erklärung Bezug auf das Schreiben der württembergischen Regierung an den Reichspräsidenten und unterstrich gleichfalls nochmals die starken Bedenken der württembergischen Regierung hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Instruktionen der preußischen Bevollmächtigten. Er sprach den Wunsch aus, daß bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs nur dringliche Angelegenheiten im Reichsrat beraten werden.

Die Vertreter Badens, Hessens, Hamburgs, Lübeds, Bremens, Pippes und Schaumburg-Lippes schlossen sich den abgegebenen Erklärungen an. Schaumburg-Lippe äußerte zugleich den Wunsch, daß die Reichsregierung alles versuchen solle, um eine Beschleunigung des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshofs herbeizuführen.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Hamacher, gab namens der preußischen Provinzen Grenzmark-Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Ostpreußen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Zusammensetzung des Reichsrats nicht durch die Verwahrung gegen das Vorgehen der Reichsregierung eingelegt werde. Angesichts der Tatsache, daß der Reichsrat der preußischen Staatsregierung heute und heute und heute sei, werde von der Stellung eines Mitglieds auf Vertagung der Vollsitzung abgesehen. Die Teilnahme an der heutigen Beratung und Beschlussfassung könne nur mit der Einschränkung erfolgen, daß die Nachprüfung der Rechtsmäßigkeit der Plenarsitzung, in der die Regierung des größten Landes nicht vertreten sei, vorbehalten bleibe. Damit waren die Erklärungen beendet. Die Rechtsfrage soll im Verfassungsausschuss des Reichsrats noch einer Prüfung unterzogen werden.

Der Reichsrat trat dann in die Tagesordnung ein und beschäftigte sich mit der Verordnung über Handelsklassen für Weizen, Roggen, Futtergerste und Hafer und mit den Ausführungsbestimmungen über die Gutachterstellen für Handelsklassen.

Auf Vorschlag des Reichsinnenministers von Gahl erklärte sich der Reichsrat dann damit einverstanden, daß für die nächsten drei bis vier Wochen eine Beratungs-pause eintritt. Minister von Gahl wies dabei darauf hin, daß vor dem Zusammentritt des neu gewählten Reichstags, der vor dem Ende August, irgendwelche nennenswerten Vorklagen an den Reichsrat nicht gelangen könnten.

Ruhe in Königsberg.

Der Verdacht gegen die SA.

Berlin, 2. Aug. Zu den Königsberger Vorgängen wird vom preußischen Innenministerium mit allem Nachdruck betont, daß nach den letzten Meldungen aus Königsberg von absoluter Ruhe herrsche. Die Polizei ist durchaus Herr der Lage. Gestern nachmittag wurde eine größere Anzahl Flugblätter, in denen zum Massenstreik aufgerufen wurde, beschlagnahmt. Im übrigen ist die Königsberger Polizei durch Heranziehung auswärtiger Polizeimannschaften verstärkt worden. Es sind in großer Anzahl Polizeistreifen unterwegs. Die einzelnen Reviere sind nun noch mit wenigen Beamten besetzt. Ferner sind vom Regierungspräsidenten besondere Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erlassen worden.

Insgesamt wurden bisher 40 Personen festgenommen. Bei der Vernehmung der Festgenommenen haben sämtliche ihre Aussagen hartnäckig verweigert, so daß die Nachforschungen nach ihrer politischen Zugehörigkeit bisher ergebnislos geblieben sind. Die weitere Untersuchung ist in die Hände der Staatsanwaltschaft übergegangen.

Von zuständiger Stelle wird zu dem bisherigen Ergebnis erklärt, wenn bestimmte politische Gruppen besonders in Verdacht geraten sind, so war dafür die Tatsache maßgebend, daß bei der Inbrandlegung der Tankstelle SA-Leute in Uniform festgenommen worden sind, und daß weiter ein junger SA-Mann bei seiner Vernehmung ausgefragt hat, ein SA-Führer habe zu Plünderungen aufgefordert. Doch wird diese Aussage von der Nationalsozialisten bestritten.

Aus dem Königsberger Straßenbild sind die sonst zahlreichen SA-Uniformen verschwunden. Die Parteizubehörten werden nicht mehr sichtbar getragen.

Anschläge in Marienburg.

Keine Blutopfer.

Marienburg, 2. Aug. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr gaben mehrere Unbekannte vor der Gastwirtschaft in Marienburg-Tessendorf Schreckschüsse ab, forderten die Wirt auf, auf die Straße zu kommen, und zwangen ihn, das Überfallkommando Marienburg zu alarmieren. Während der Abwesenheit des Überfallkommandos aus Marienburg wurden dann die Anschläge ausgeführt. Die Täter hatten vor der Wohnung des Polizeikommissars Riedel mehrere Schüsse abgegeben und zwei Inspektoren Riedel mehrere gefüllte Flaschen, sowie ein mit Säure und Eisenpulver gefülltes Gefäß, sowie ein Gasrohr gegen die Wohnung geworfen. Die Einschläge stellten der Gasse konnten bisher nicht festgestellt werden. Doch fand man auf der Straße vier Patronen, die die Armeepistole 08, zwei an der Wohnung des Kommissars Riedel und zwei an der Wohnung des Kommissars Riedel liegenden Leitungen der Post und der Reichswehr waren von den Tätern durchschnitten worden, in der Wohnung des Stadtbaurates Mollenhauer wurden zwei Fenster durch Steinwürfe zertrümmert und ebenfalls zwei Säureflaschen geworfen. Der Vorsitzende des Marienburg-Gewerkschaftsrates Kahn wurde aufgefordert, sofort die Straße zu erscheinen. Kahn folgte jedoch, durch die Königsberger Vorgänge gewarnt, der Aufforderung nicht. Die Unbekannten mußten sich damit begnügen, heftig gegen die Wohnungstür zu trommeln.

Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Peking und Moskau.

Aussichtsvolle Verhandlungen.

Paris, 2. Aug. Nach einer Meldung der Agentur Infopacifique aus Peking nehmen die zwischen Peking und Moskau geführten Verhandlungen zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und China einen guten Verlauf. Lediglich der Abschluß eines von China gewünschten Nichtangriffspaktes bedarf noch der Regelung.

Fall gewesen sei. Natürlich fehlte nicht die Unterstreichung der französischen These von der unbedingten Aufrechterhaltung der Verträge, der Diktate von Versailles und St. Germain. Es ist wirklich zwecklos, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß England, genau wie 1928, in das französische Fahrwasser geraten ist.

Umso sonderbarer nehmen sich Vorgänge aus, die sich in den letzten Tagen abgespielt haben. Offenbar hat Hoover das Empfinden, daß die Ergebnisse von Genf doch recht ungenügend sind. Das Staatsdepartement teilte am Montag ziemlich unerwartet mit, daß englisch-amerikanische Verhandlungen über die Abrüstung zur See wieder aufgenommen werden sollen und zwar noch in der Sommerpause, ehe also die Vorbereitungen für die Fortsetzung der Genfer Großkonferenz getroffen werden. Während es noch zuerst hieß, im September würde eine besondere Seeabrüstungskonferenz in London stattfinden, ist das inzwischen dementiert worden. Ganz so eilig hat man es nicht. Bemerkenswert ist nun, daß in Paris ein Kommentar herausgegeben wird, der geradezu als Sabotage angesehen werden muß. Schon in Genf war vereinbart worden, daß die fünf Marinehauptmächte ihre Besprechungen sehr bald von neuem beginnen sollen, um nach Möglichkeit eine Resolution vorzubereiten, die am 20. September dem Büro der Abrüstungskonferenz übermitteln werden soll. Die Franzosen behaupten, man habe dabei lediglich Vereinbarungen rein technischen Charakters ins Auge gefaßt. Die Angellassen hätten allerdings den Wunsch geäußert, auch praktische Ergebnisse zu erzielen. Frankreich betrachte diese Anregung als überflüssig, denn die Probleme seien viel zu heikel, auch könnten Doppelverhandlungen nur Verwirrung stiften.

Wenn es den Franzosen zweckmäßig erscheint, vollziehen sie ohne Bedenken einen Stellungswechsel. Sie sind plötzlich der Ansicht, die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft müßten ein geschlossenes Ganzes bilden, aus denen man Einzelfragen nicht herausgreifen könne. Man sei nur bereit, sich auf die angeforderte Konferenz einzulassen, wenn von vornherein sicher sei, daß lediglich die technischen Fragen erörtert würden. Binden lasse man sich unter seinen Umständen. Die italienische Antwort fehlt noch. Es wäre durchaus denkbar, daß man sich nun in Rom ganz ähnlich verhält und ebenfalls ein einheitliches Vorgehen auf allen drei Gebieten fordert, nachdem man in Genf so üble Erfahrungen gemacht hat. Bisher war es nie gelungen, die beiden lateinischen Nationen zu einem Kompromiß zu bringen. Das italienische Verlangen nach Gleichberechtigung im Mittelmeer ist von Frankreich immer abgelehnt worden, nur Briand hat einmal einiges Entgegenkommen, wenn auch nur mündlich, bewiesen. In Wirklichkeit wird man an der Seine niemals die Wünsche der aufstrebenden Seemacht an der benachbarten Küste irgendwie anerkennen. Man verharret rücksichtslos auf der Forderung nach unumschränkter Hegemonie auf dem Kontinent. An sich hat England dabei immer den Vermittler zu spielen versucht und sich Italiens angenommen, mit Ausnahme der Zeit, in der Baldwin und Briand jenes Geheimabkommen abschlossen, das dann durch den Eintrittssturm in Washington, Rom und Berlin hinweggesetzt worden ist. Heute aber muß befürchtet werden, daß die Regierung von St. James auch in dieser Hinsicht Frankreich gegenüber genau so schwach sein wird, wie in allen anderen.

Die Entente cordiale ist unnatürlich. Sie war es auch zu Beginn des Jahrhunderts, als Edward Grey jenen berühmten Privatbrief nach Paris schrieb, der Großbritannien in den bevorstehenden Weltkrieg hineinzieht. Die Entscheidung 1918 zerschlug die englische Politik, wie sie während des ganzen 19. Jahrhunderts von Pitt, Disraeli, Gladstone und Salisbury, sowie Joe Chamberlain folgerichtig durchgeführt wurde. Grey und Lloyd George haben durch ihre Haltung das ermöglicht, was bis dahin mit überlegener Taktik verhindert wurde, nämlich die Ausbreitung des Festlandes an Frankreich. Es scheint uns, als ob man unter MacDonald wieder eine Gelegenheit, um rechtzeitig Dämme aufzuwerfen, verpaßt habe. Noch in Lausanne und Genf hätte man dafür die Unterstützung Deutschlands, Italiens und der Vereinigten Staaten, sowie der meisten Neutralen gehabt. Ob es dazu nun zu spät ist, wissen wir nicht. Fast möchten wir es befürchten. Es geht unaufhaltsam auf der abschüssigen Bahn weiter, obwohl die Sabotage auch jetzt zum hundertsten Male deutlich genug sichtbar wird.

Der evangelische Religionsunterricht.

Kontrolle durch die Kirche. — Keine Schmälerung der staatlichen Schulaufsicht.

Berlin, 2. Aug. Im Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen in der Erteilung des Religionsunterrichtes im Rahmen des Artikels 149 Abs. 1 der Reichsverfassung gewahrt werden sollten, erneut lebhaft erörtert worden. Die Verhandlungen hierüber waren in wiederholten gemeinsamen Beratungen zwischen dem Unterrichtsministerium, den Vertretern des evangelischen Oberkirchenrats (zugleich namens der der Altpreußischen Union nicht angehörigen preußischen Landeskirchen) und den hauptsächlichsten evangelischen Lehrerverbänden vor den letzten Wahlen zum preußischen Landtag, soweit gefördert worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde. Nach abermaliger Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Befolgung der damals festgestellten Grundsätze entschlossen. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen wird danach den preußischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit geboten, durch Beauftragung, in der Regel staatliche Schulaufsichtsbeamte, ausnahmsweise Leiter oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrer genießen, den Religionsunterricht besorgen zu lassen. Die Neuordnung läßt die Rechte der staatlichen Schulaufsicht unberührt. Die gelegentlich geäußerte Befürchtung, der Staat habe hier wichtige staatliche Grundrechte aufgegeben, ist unbegründet; vielmehr darf mit Recht erhofft werden, daß die jetzt erfolgte Klarstellung des oft umstrittenen Problems im Interesse der Kirche wie der Schulen wirken werde.

Eine kommunistische Alterspräsidentin?

Frau Klara Jettin.

Berlin, 2. Aug. Die ersten Sitzungen eines neu gewählten Reichstags werden bis zur Bestellung eines Präsidenten von dem Alterspräsidenten, also dem ältesten Mitglied des Reichstags, geleitet. Soweit sich bisher Bestimmungen treffen lassen, scheint das älteste Mitglied des neuen Reichstags die kommunistische Abgeordnete Frau Klara Jettin zu sein, die am 5. Juli 1857 geboren und somit 75 Jahre alt ist. Es ist allerdings zweifelhaft, ob Frau Jettin das Amt des Alterspräsidenten, der diesmal zum ersten Male in der deutschen Parlamentsgeschichte eine Frau wäre, tatsächlich wird, da sie krank ist und voraussichtlich an der Reichstagsöffnung nicht teilnehmen kann. Der Posten des Alterspräsidenten würde in diesem Falle dem zweitältesten Mitglied des Reichstags zufallen, und das wäre der Zentrumsabgeordnete S. L. u. M. Krefeld, der am 23. November 1857 geboren, und also nur wenige Monate jünger ist als Frau Jettin.

Rückgang des Fraueneinflusses im Reichstag.

36 weibliche Abgeordnete.

Berlin, 2. Aug. Trotz der Zunahme der Zahl der Reichstagsabgeordneten ist im neuen Reichstag ein weiterer Rückgang der Frauenmandate zu verzeichnen. Das ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die stärkste Partei, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, überhaupt keine Frauen kandidieren läßt. Während der alte Reichstag 39 weibliche Abgeordnete zählte, wird es im neuen Reichstag nur noch 36 geben. Die meisten hat die Sozialdemokratische Fraktion, nämlich 15, dann folgen die Kommunisten mit 10, das Zentrum mit 6, die Deutschnationalen mit 3 und die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei mit je einer weiblichen Abgeordneten.

Die Anleihe Debatte im österreichischen Nationalrat.

Der Mißtrauensantrag gegen die Regierung Dollfuß abgelehnt.

Wien, 2. Aug. In der abschließenden Debatte über den Anleihevertrag führte der großdeutsche Abgeordnete Jarboch in einer Polemik gegen den Abgeordneten Kunzschaf aus, der Wortlaut der Rede Kunzschafs stelle eine Beleidigung der deutschen Reichsregierung dar. Er erklärte weiter, daß der überwiegende Teil der österreichischen Bevölkerung von der Überzeugung durchdrungen sei, daß als einzige Möglichkeit, aus dieser Not herauszukommen, der Zusammenschluß aller Deutschen in Mitteleuropa betrachtet werden müsse.

Der Abgeordnete Neufädter-Stürmer führte gegenüber seiner sozialdemokratischen und großdeutschen Vorrede an, daß der Anschluß durch die Friedensverträge verboten sei, und zwar nicht bis zum Jahre 1942 und 1952, sondern auf immerwährende Zeiten. Er werde an dem Tage kommen, an dem Österreich und Deutschland die Macht hätten, ihn zu erzwingen, seinen Tag früher und seinen Tag später.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß gab dann eine Erklärung ab, in der er sagte: Ich habe die Ausführungen des Abgeordneten Kunzschaf durchaus nicht so verstanden, und sie waren auch nicht so zu verstehen, daß er der deutschen Reichsregierung den Vorwurf gemacht hat, diese hätte Emigranten nach Österreich geschickt — eine solche Äußerung hätte ich sehr bedauert und richtiggestellt —, sondern er hat die deutsche Reichsregierung gebeten, Herren, welche sich zur persönlichen Einflußnahme gegen die Anleihe nach Österreich begeben hatten, zur Rückkehr zu veranlassen. Ich bedauere, daß diese Äußerung so mißverständlich interpretiert wurde, daß dadurch der Schein eines Mißverständnisses entstehen könnte. Zwischen den Regierungen ist ein solches Mißverständnis nicht entstanden. Sie sind sich in jedem Fall nach wie vor der herzlichsten Freundschaft und Verbundenheit bewußt.

Der Mißtrauensantrag der Großdeutschen gegen die Regierung wurde mit Stimmengleichheit, 81 zu 81, abgelehnt. Für den Antrag stimmten außer 70 Sozialdemokraten und 9 Großdeutschen, 2 Mitglieder des Heimatbundes. Dagegen stimmten u. a. 66 Christlich-Soziale.

Munkpunkte oder: Untergang der Ägypt.

Von Leonhard Adelt (München).

Munkpunkte, mit seinem bürgerlichen Namen Alfred Richard Meyer, gleich mit gebürtiger Meßener, aus Schwerin, und mein Klassenkamerad aus dem Gymnasium zu Dortmund, am 4. August 50 Jahre alt, ist im Reich der letzte Nachbatter einer Kunstform, die ihm Lebensform geblieben ist: die Lyrik. Nicht als ob wir an Gedichten und Gedichtmachern Mangel hätten, auch leben Lyriker von hohem Rang noch unter uns, aber der bestimmende Einfluß, den die Lyrik auf unsere Generation der heute fünfzigjährigen hatte, ist vorbei. Die Jugend der Nachkriegszeit — und Ägypt ist eine Ägypten — und Wirkungsform der Lyrik — vermag sich gar nicht vorzustellen, wie stark der epische Titanenkampf Mephistos, die erotische Problematik Dehmels, die priesterliche Rührung Georges die Lebensgestaltung der Generation beeinflusst hat, die dann den Weltkrieg austragen mußte. Das Hochgefühl, mit dem die Dreißigjährigen in den Krieg gezogen sind, war lyrisch und vereinte sie mit dem naturgegebenen Überschwang der damals zwanzigjährigen, denen doch die Prosa des sozialen Naturalismus eine andere, verstandesmäßig-praktische Richtung vorgezeichnet hatte. Diese Prosa oblagte mit der paterfamiliaschen und leiblichen Not; aus dem Chaos des Zusammenbruchs hat sich noch keine neue Dichtungsform ergeben, die für unser nationales Dasein Sinn und Vorbild werden könnte.

Der Untergang der Lyrik scheint damit besiegelt, das Karzill lyrischer Autoren eine unzeitgemäße Kuriosität und sein Bannträger A. R. Meyer ein Don Quixote im Lande gegen Windmühlen, die keinen andern Zweck erfüllen, als Mehl für höchst reales Brot zu liefern. A. R. Meyer geht, erster und sehr schöner Krieger- und Friedensgedichte ungeachtet, manchen immer noch als ein verpöhlter Knabe, der mit dem Vers — ja, oft nur mit Wortlängen jongliert und als Munkpunkte eine gastrophisch heitere Genüßsamkeit des Geistes predigt. Aber auch der griechischste Bestreiter wird es diesem selbstgestalteten Wasteltrüger nicht absegnen können, daß noch kein leichtfertiges Schallklingeln in der Musik der lyrischen Empfindung schwingt, und daß seine praktische Arbeit als Verbandsorganisator, Geschäftsführer und Verleger die letzten, sturmgepeinigten Flottillen deutscher Lyrik über Wasser hält.

Wird sich die Lyrik noch einmal in die alten Häfen wagen, wird ein Columbus sie zu neuen Gestaden führen?

Kurze Umschau.

Eine französische Meldung über Verhandlungen der Nationalsozialisten mit der Reichsregierung, insbesondere mit dem Reichswehrminister, über eine Umbildung des Kabinetts wird dementiert.

Das geschäftsführende Thüringer Kabinett hat beschlossen, den neu gewählten Landtag zum 23. August einzuberufen.

Venor die Genfer Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten wieder aufnimmt, werden Besprechungen zwischen Vertretern Englands und Amerikas stattfinden, um die Auffassungen beider Länder hinsichtlich der auf die Seerüstungen bezüglichen Teile der Abrüstungsvorschläge des Präsidenten Hoover einander anzugleichen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten gibt amtlich bekannt, daß sie die Einladung des Völkerbunds zur Teilnahme an einer Weltwirtschaftskonferenz angenommen hat.

Völkerbund und bolivianisch-paraguayischer Konflikt.

Eine Mahnung des Ratspräsidenten.

Genf, 2. Aug. Das Völkerbundssekretariat hat heute abend die zwischen dem amtierenden Präsidenten des Völkerbunds Matus und dem Generalsekretär des Völkerbunds sowie den Vertretern Boliviens und Paraguays geführte Korrespondenz über den Konflikt, der zwischen diesen beiden Staaten entstanden ist, veröffentlicht. Aus den von



Karte des mittleren Südamerikas mit dem zwischen Paraguay und Bolivien am stärksten Gran-Chaco-Gebiet.

den künftigen Vertretern der beiden Länder an den Generalsekretär gerichteten Schreiben geht hervor, daß sich Bolivien und Paraguay gegenseitig der Verwendung militärischer Mittel zur Lösung des Konflikts im Chacogebiet bezichtigten.

Das vom Ratspräsidenten Matus am 1. August an die Regierungen von Bolivien und Paraguay gerichtete Telegramm lautet: Meine gegenwärtige Tätigkeit als Präsident des Völkerbunds macht es mir zur Pflicht, Euer Gedenken in Erinnerung zu bringen, daß der Rat unter der Vorsitz von Aristide Briand anlässlich des Zwischenfalls vom Dezember 1928 betreffend das Chacogebiet das Versprechen erhalten hat, gemäß dem Pakt zu einer friedlichen Lösung Zusage zu nehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, neue Zwischenfälle zu vermeiden. Auf das Vorstehende verweisend und in der Gewissheit, die Gefühle aller Mitglieder des Völkerbunds auszudrücken, richte ich an die beiden Regierungen den dringenden Appell, damit sie wie im Jahre 1928 sich mit der Völkerbundsaktion einverstanden erklären, um in Wahrnehmung der Verpflichtung, die die Mitglieder des Völkerbunds eingegangen sind, die Regelung ihres Streites unter Erhaltung des Friedens herbeizuführen.

Ihr Untergang ist bedingt durch die Zeit, die eine Zeit der Katastrophen ist; die überwundene Katastrophe gibt ihm wieder Möglichkeit. Es ist in diesem Zusammenhang bedeutsam, daß die Ägypt sich in einem eng begrenzten Raum behaupten konnte, der erst durch die kriegerische Niederlage für das Deutschum in sich abgeschlossen wurde: in Österreich. Die große, schöne Anthologie österreichischer Lyrik, die Erwin Krieger im Darmstädter Verlag herausgegeben hat, bezeugt den Zusammenbruch eines künstlerischen Form- und Lebenswillens, den die Zerstörung der alten Staatsform nicht brechen konnte, sondern ganz im Gegenteil neu belebt. Die gründliche Bereinigung der nationalen Frage hat Österreich trotz aller Wirtschaftsnöte die Selbstbestimmung gegeben, aus der die lyrische Einstellung erwächst.

Sinn und Wesen der Ägypt ist es, durch Ich-Gefühl zum Weltgefühl zu kommen. Das Beispiel, das Österreich mit seiner reichen und reichen Anthologie uns gibt, wird sich im Deutschen Reich erfüllen, wenn die Einheit der nationalen Grundstimmung wiederhergestellt ist. In dieser Grundstimmung wird der Deutsche zu sich selbst und zu der Harmonie des Weltganzen zurückfinden. Damit ist die Richtung angegeben, die ihr unentwegter Bannträger der deutschen Ägypt weiß.

Film und Oper.

Ein Beitrag zur modernen Opernregie.

Seit dreißig Jahren besteht nun der Film, und man sieht in ihm den stärksten Konkurrenten für Theater und auch das musikalische Theater, die Oper. Aber man kann nicht nur von Konkurrenz sprechen, sondern es findet auch häufig ein gegenseitiges Durchkreuzen und Befruchten statt. Zumal beim Bühnenbild hat sich der Film und das Lichtbild, sein Vorläufer („Laterna Magica“) sehr nützlich erwiesen, wenn es sich darum handelte, Bausen zu überbrücken, Fernes zu erzielen und mystisch-magische Wirkungen hervorzuzaubern. Zumal das letzte ist ausschlaggebend. Der Maler kann nie das Letzte an verschwinden lassen, überwirklichen Suggestionen herausbeschwören. Da helfen Lichtbild, Projektion und Film oft glänzend. Gerade in der Oper, die zu 90 Prozent Stoffe und Milieu nicht dem realen Alltagsleben entnimmt, sondern in Mythos, Märchen, Sage wurzelt, kommt Lichtbild und Film ausgezeichnet zu Hilfe. Aber auch bei den übrigen 10 Prozent, bei den realistischen und in Gegenwartsrealität spielenden Stücken (zum Beispiel „Jonny“) erzeugt seine Einlage Aufsehen, wenn sie auch vielleicht etwas zu sehr von der eigentlichen Musik ablenkt.

Wiesbadener Nachrichten.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Juli.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird uns geschrieben: Sind bereits in normalen Zeiten die Monate Juli und August, die sogenannten Hauptreisezeiten, überwiegend geschäftsflechte Zeiten für das Handwerk, da mit einer längeren Abwesenheit des zahlungsträchtigen Publikums gerechnet werden muß, so gestaltete sich in diesem Jahre unter dem Druck der allgemeinen anhaltenden wirtschaftlichen Depression die Geschäftslage im Handwerk geradezu katastrophal. Die bestehende Krise hat sich im Berichtsmonat noch weiter verschärft und keine Aussichten auf baldige Besserung aufkommen lassen. Selbst die Handwerksberufe, auf die die Reisezeit sonst belebend einzuwirken pflegt, berichten dieses Mal, daß das Geschäft nahezu völlig still liegt. Im Schneiderhandwerk sind die sonst üblichen Aufträge für Reisebekleidung beinahe gänzlich ausgeblieben. Auch im Sattlerhandwerk, dessen Umsätze durch den Verkauf von Reiseartikeln im Juli für gewöhnlich eine Steigerung erfahren, blieb dieses Mal die erwartete Geschäftsbelebung aus. Die übrigen Leder- und papierverarbeitenden Handwerkerberufe wiesen durchweg eine Verschlechterung ihres Geschäftsganges auf. Die Nahrungsmittelhandwerke hatten ebenfalls unter der Reisezeit sowie der zeitweisen warmen Witterung zu leiden. Der Absatz zeigte hier, auch beeinflusst durch das vermehrte Angebot von jungem Gemüse, Kartoffeln und Obst, stark rückläufige Tendenz auf. Eine geringe Belebung wird lediglich von den metallverarbeitenden Handwerksberufen in ländlichen Gebieten gemeldet, die infolge der Erntearbeiten vermehrte Aufträge für Reparaturen aufzuweisen hatten. Jedoch hielt sich infolge der schlechten Lage der Landwirtschaft die Auftragserteilung in ungewöhnlich engen Grenzen. Sehr gering blieb auch die Bautätigkeit, die sich fast ausschließlich auf Kleinwohnungen, Siedlungsbauten und Reparaturarbeiten beschränkte. Infolge der starken Konkurrenz der Schwarzarbeiter blieben jedoch diese Aufträge, die ohnehin nur einen geringen Umfang erreichten, für die gesamte Lage des Bauhandwerks völlig bedeutungslos.

Die anhaltende Wirtschaftskrise machte sich naturgemäß in einem immer stärkeren Druck auf die Preisgestaltung bemerkbar. Zu einer weiteren Gefährdung der Handwerksbetriebe werden auch neben der drückenden finanziellen und sozialen Belastung in immer größerem Umfang die Verluste durch Konkurrenz und Zwangsversteigerungen der Schuldner des Handwerks.

Die Verfassungsfeier.

Im Zeichen Goethes.

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, den diesjährigen Verfassungstag wie in den vergangenen Jahren zu feiern. Das im vergangenen Jahre der Name des Freiherrn vom Stein dem Verfassungstage sein besonderes Gepräge, so soll die Verfassungsfeier dieses Jahres im Zeichen Goethes stehen, nachdem das ganze Volk in allen seinen Gauen bereits am 100jährigen Todestage des Dichters seinem unvergänglichen Genius gehuldigt hat. In diesem Sinne hat die Wiesbadener Regierung Herrn Dr.

als die Regierung zum Ausdruck greifen werden. Es ist nämlich billiger als die Anfertigung dreidimensionaler Dekorationen und Verjährtide. In Weidensland ist eine ganze „Wida“-Aufführung auf diese Weise herausgebracht worden. Auch bei Wagner-Opern, zumal den Verwandlungswundern des Ringes, ist schon längst die Benutzung von festen und lebenden Projektionen üblich: Rheingold, Walküre und Götterdämmerung lassen sich so inszenieren. In Kurt Weills mondäner Oper „Royal Palace“, das Hörth seinerzeit bei Kroll herausbrachte, war ein ganzer Film eingelegt, der die Hauptdarsteller im Flugzeug auf der Weltreise zeigte. In Krenets Jazzoper „Jonny spielt auf“ war ebenfalls ein Filmintermezzo, das die Flucht des Verbrechers im Auto demonstrierte. Das markanteste Beispiel für Verwendung des Films auf der Opernbühne war aber doch Mithaus „Christoph Columbus“, wo zu der realen Handlung eine Phantastikhandlung gefilmt war: die Ankunft in Amerika, der Empfang bei den Wilden usw.

Voraussetzung für die Benutzung des Zelluloidstreifens ist eine weiträumige Bühne mit moderner Beleuchtungsanlage, da doch eine Anlage optischer Divergenzen entstehen. Als humoristisches Beispiel, wie man den Filmstreifen im richtigen Augenblick einsetzen kann, möchte ich noch an die Singspiele Ingenieur von Rossinis „Angeline“ in der Berliner Städtischen Oper erinnern, wo mittels „Trickfilm“ ein Blitzen zu der gleichzeitigen Gewittermusik satirisch dargestellt war. Diese Beispiele liegen fast natürlich beliebig erwehnen, doch beweisen sie nur, daß der Filmstreifen, also das bewegte Lichtbild, vorwiegend als Einlage benutzt wird.

Etwas anderes ist es mit dem festen Lichtbild. Bedenke da zunächst an einige Aufführungen der Volksbühne Berlins, und da speziell an die Bühnenbilder von Nina Totumbe. In Shakespeares „Julius Caesar“ waren mittels Projektionen auf den Kuppelhintergrund ganz grandiose, unheimliche, visionäre Wirkungen entstanden. Durch Verschlebung einiger Glasplatten erschien der Geist des ermordeten Caesar „magisch“ aus grauen Wolken. So geisterhaft, wie es kein Scheinwerfer mit Sonderbeleuchtung fertigbringen kann. Es braucht natürlich lange Probenszeit, bis man es heraus hat, daß die durch Lichtbild erzeugene Abstrichszenerie einen wirklichen farblichen Zusammenhang mit der vorderen Szene erhält. Das ist natürlich Sache der Bühnentechniker.

Für die ästhetische Betrachtung ist allein das Resultat, der Eindruck maßgebend, und da war wohl jüngst die Inszenierung von Verdis „Macbeth“ außerordentlich auf-

ausgesagt ist der Zeitraum, für den die Geltung hatten, bereits verfloßen, jedoch jetzt ein Urteil darüber möglich ist. Bisher kann man keine einzige der Voraussetzungen als ausgesprochene Fehlvorhersage bezeichnen. Vier stimmten vollkommen, in einem Fall war der Bewölkungscharakter nicht getroffen und in zwei Fällen stimmte die Vorhersage für die letzten Tage des zehntägigen Zeitraumes nicht.

Von besonderer Wichtigkeit war die am 21. Juli ausgegebene sechste Voraussage. In ihr wurde zu einem Zeitpunkt, in welchem mit den Mitteln der Tagesvorhersage noch nicht die geringsten Anzeichen einer Wetteränderung erkannt werden konnten, eine allmähliche Besserung des Wetters in Aussicht gestellt. Diese Besserung ist im Laufe der zehn Tage vom 22. bis 31. Juli tatsächlich ganz allmählich eingetreten und zwar, wie es in der Voraussage angegeben war, zuerst und vor allem in Süddeutschland. Diese Voraussage war für die deutschen Kurorte von besonderem Wert; viele Gäste, die wegen des regnerischen Wetters vom 14. bis 23. abreisen wollten, ließen durch die Voraussage einer Besserung des Wetters von ihrem Vorhaben ab. Diese Besserung ist dann auch tatsächlich eingetreten.

— **Stimmabgabe der Reisenden.** Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof haben 1291 Reisende von der Möglichkeit, hier ihre Stimme abzugeben, Gebrauch gemacht. Daß diese Einrichtung, die zum erstenmal vom Reichsinnenministerium eingerichtet wurde, sich bewährt hat, beweisen die Ergebnisse auch auf den anderen Bahnhöfen. So wurden abgegeben auf den Bahnhöfen in Berlin 3228, in Hamburg 1184, in München 5159 Stimmen, insgesamt war auf 47 Bahnhöfen ein Abstimmungslokal eingerichtet. — An der Bormwahl, die ebenfalls erstmalig auf großen Seeschiffen ermöglicht wurden, wenn mindestens 50 Wähler mit Stimmscheinen an Bord waren, haben sich 2297 Wähler beteiligt. — Im Bayerischen Hochgebirge waren im Schneefernerhaus auf der Zugspitze und im Bohmannhaus Wahllokale eingerichtet. Auf der Zugspitze wurden 729, auf dem Bohmann 158 Stimmen abgegeben. — Auf dem Wiesbadener Hauptbahnhof war kein Wahllokal für Reisende eingerichtet. Reisende, die hier einen kurzen Aufenthalt hatten und ihrer Wahlpflicht genügen wollten, wurden an das nächstliegende Wahllokal verwiesen.

— **Einheitsgebührentarif für Kraftfahrzeugführer.** Ausbildung. Der Polizeipräsident schreibt uns: Der bisherige Einheitsgebührentarif für die Ausbildung von Kraftfahrzeugführern bei den gewerbsmäßig betriebenen privaten Fahrschulen ist ab 1. August 1932 wie folgt geändert worden: 1. Klasse 1: Ausbildung auf Fahrzeug der Klasse 2: 125 bzw. 65 M.; 2. Klasse 3b (3a): 120 bzw. 65 M.; 4. Klasse 2 und 3b (3a): 135 bzw. 80 M.; 5. Klasse 1, und 2 und 3b (3a) 150 bzw. 90 M.; 6. Ergänzungsausbildung 25 bis 65 bzw. 15 bis 45 M.; 7. Mehrkilometer über die vorgeschriebenen 150 Kilometer für a) Kraftfahrwagen 0,50 bzw. 0,25 M., b) Personenkraftwagen 0,40 bzw. 0,20 M. Bei Sonderausbildungen — d. h. Einzelausbildungen — kann ein Sonderzuschlag bis zur Höhe von 40 Prozent der vorstehenden Gebührensätze berechnet werden. Eingeschlossen in die Gebührensätze ist die in Ziffer 6 Zahl 6 der Anlage zu § 4 der Verordnung zur Reichsregierung vom 1. März 1921 geteilte Unterrichtsleistung.

— **Luftverkehr.** Der seit dem 1. Juni von den Flughäfen Wiesbaden-Mainz und Frankfurt eingerichtete Luft-Zubringerdienst, der für die beteiligten Städte eine wertvolle Ergänzung des Großluftverkehrs schlußreich. Hier waren die Anregungen der Volksbühne wertvoll. Außerst fein waren Projektion und Vorderbühne farblich einander genähert. Das Nord-Schloß in dunklem Grau verlor sich nach oben und wurde durch Lichtbild in eine schwebende Höhe fortgeführt. Die Bankettreihe war auf ein unheimliches Rot abgestimmt. Gewaltige erdrückende Säulen verloren sich schemenhaft im Hintergrund. Gegen diese phantastischen Wirkungen verpuffte die Erscheinung des schimmernden beleuchteten ermordeten Königs mächtig, der sehr wenig geisterhaft, sondern ganz bürgerlich und gemütlich aussah. Hier sind wirklich neue Möglichkeiten für Regisseure, die dem Schlandrian entgegen wollen. Run zu dem Thema Pausenüberbrückung.

Wir haben die Drehbühne, wir haben die Schiebebühne und die hydraulische Versenkbühne, aber in Stücken mit sehr zahlreichen Verwendungen, wie zum Beispiel Büchners „Woyzeck“ und Lenks „Soldaten“, von Berg und Gurlitt vertont, ist es nicht immer angebracht, dauernd zu rollen, zu drehen und zu schieben. Es würden ewige Pausen entstehen, die einen nur aus der Stimmung herausreißen. Da lassen sich mit einigen Projektionsapparaten und beleuchteten oder photographierten Glasplatten praktisch und sensationelle Wirkungen erzielen. Hinten am Rundhorizont, der übrigens für derartige Beleuchtungsrichtungen weniger Ruhe macht als der Kuppelhorizont, erscheinen jeweils die Hintergründe, Ortschaften, Landschaften. Also beim Woyzeck: Rastern, mondverschleiener See, und bei den „Soldaten“ abwechselnd die Städte Velle und Armentières. Borne werden in Sekundenfolge einige Verfallschilde, Andeutungsdekorationen hingestellt (oder in der Städtischen Oper „herbeigejagt“). Unfreiwillig komische Wirkungen, die in diesem Falle manchmal eintreten, haben nichts mit der Projektionstechnik zu tun, sondern mit dem Aussehen der Platten, mit dem Fehlen von Zwischenplätzen.

So ist zum Beispiel möglich, daß die Dekorationen für eine derartige Inszenierung äußerst billig sind und für ein größeres Provinztheater sogar schon mit eintausend Mark veranschlagt werden können. Die Projektionsapparate müssen natürlich da sein, aber weder die Bemalung der Platten, noch die Anfertigung prunklos realistischer Dekorationen kostet übermäßig viel. Diese wenigen Beispiele mögen einige der neuen Möglichkeiten für den modernen Opernregisseur bei Benutzung von Film und Lichtbild andeuten. Eines der ältesten Beispiele, jedem Anfänger bekannt, für diese Methode, ist übrigens jener kaleidoskopartige Apparat, der im „Freischütz“ in der Wolfschlucht den ominösen Wasserfall herporzaubert.

Aus Kunst und Leben.

— **Abchiedsabend der Braunschweiger.** Das Ensemble des Braunschweiger Operntheatres, das unter der künstlerischen Leitung von Direktor Otto Spielmann die theaterlose Sommerpause durch ein erfolgreiches Gastspiel im Kleinen Haus überbrückte, verabschiedete sich gestern im Kurhaus durch einen künstlerischen Abend, bei dem es durch die starke Gemeinde, die ihm auch diesmal die Treue hielt und den großen Saal fast bis auf den letzten Platz füllte, sehr lebhaft gefeiert wurde. Darbietungen des umfangreichen Programms waren Soli, Duette und ganze Szenen aus dem Repertoire der Braunschweiger, die noch einmal den Künstlern Gelegenheit boten, sich in den von ihnen verkörperten Rollen vernehmen zu lassen und dankbare Würdigung ihrer Leistungen bei dem aufnahmefreudigen und mit begeisterter Anteilnahme folgenden Publikum zu finden. Das Beilichen vom Montmartre, die „Gardasfürstin“, der „Vogelhändler“ und „Friederike“, um nur einige der erfolgreichen Operetten des Spielplans der Braunschweiger zu nennen, zogen in interessanten Einzelausschnitten vorüber und ließen Sangesfreudigkeit und Darstellungsvermögen der Solisten, insbesondere des Direktors Otto Spielmann, der charmanter Dina Peggy Duenkler, des stimmungsvollen Tenors Martin Hümmich, der tapferen Soubrette Erica Ott, des beweglichen Herrn Ranaus, des vortrefflichen Komikers Eduard Rogati und aller übrigen Mitglieder, einschließlich des Chors und Balletts, sehr eindrucksvoll zur Geltung kommen, was um so nachhaltiger geschah, als das Programm durch den herausfordernden Beifall und die zahlreichen Wiederholungen eine Verdoppelung erfuhr. Die große Szene des Rollenensembles aus dem „Vogelhändler“ war gleichzeitig die Abschiedsszene, die symbolhafte Steigerung erfuhr durch den großen Blumenregen, der den Künstlern bei dieser Gelegenheit vom dankbaren Publikum zuteil

bedeutet, wird von den Luftreisenden trotz der Kürze seines Bestehens recht lebhaft benutzt. Es wurden seit dem 1. Juni bis Ende Juli 112 Personen befördert, um an die Haupt-Luftverkehrslinien in Frankfurt gebracht bzw. von dort abgeholt zu werden. Auf diese Weise wurde der direkte Luftanschluß vom hiesigen Flughafen an alle wichtigen Luftverkehrsplätze hergestellt.

— **Bilanz der Junthilfen.** Die von der Reichsrundfunk-Gesellschaft im Jahre 1931 eingerichteten Junthilfen, deren Aufgabe es ist, Störungsquellen zu ermitteln und zu beseitigen, gibt erstmalig einen Bericht über ihre bisherigen Erfolge heraus. Im Jahre 1931 wurde die Junthilfe mit 125 000 Störfällen befaßt, im ersten Halbjahr 1932 mit 53 000 Fällen. Die Entföhrung selbst fand in rund 33 000 Fällen statt und wurde durch Maßnahmen an den störenden Geräten durchgeführt. Nicht in allen Fällen war es notwendig, besondere Störsmittel einzubauen, sondern durch Beseitigung schlechter Kontakte usw. konnte bereits vielfach Abhilfe geschaffen werden.

— **Hessen-Kassau hat die geringste Säuglingssterblichkeit.** Hessen-Kassau hat seit einigen Jahren unter allen Vergleichsgebieten die geringste Säuglingssterblichkeit aufzuweisen. Bereits 1913 starben in Hessen-Kassau von 100 Säuglingen im ersten Lebensjahr nur 9 gegen 15 im Reichsdurchschnitt. Im Jahre 1928 waren es in Hessen-Kassau nur noch 7, im Reich 10; 1929 in Hessen-Kassau 6, im Reich 9; 1930 in Hessen-Kassau 5 und im Reich 8. Dieses Verhältnis blieb auch im Jahre 1931. Jedenfalls steht Hessen-Kassau in dieser Hinsicht recht günstig da.

— **Aufgehobenes Zeitungsverbot.** Das nationalsozialistische „Kassauer Volksblatt“, das wegen schwerer Verleumdung der hiesigen Regierung vom Oberpräsidenten für die Provinz Hessen-Kassau auf eine Woche verboten worden war, bringt auf ihrer ersten Seite eine Erklärung, nach der es sich davon überzeugt habe, daß die in den Nummern 149 und 150 des Blattes gegen die hiesige Regierung erhobenen Vorwürfe pflichtwidriger Duldung kommunikativer Unklarheiten völlig unbegründet sind und bedauert aus dem bekanntgewordenen Schriftstück unberechtigte Vorwürfe gegen die hiesige Staatsregierung hergeleitet zu haben. Auf Grund dieser Erklärung ist das Verbot des „Kassauer Volksblattes“ und damit auch des „Frankfurter Volksblattes“ wieder aufgehoben worden.

— **Schlägerei zwischen politischen Gegnern.** In der Nacht zum Mittwoch kam es an der Ecke Friedrich- und Schwalbacher Straße zu Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern, die das Einschreiten der Polizei notwendig machten. Im Verlaufe der Streitigkeiten erhielt ein 28 Jahre alter Friseur Kopf- und Gesichtsverletzungen. Er wurde vom Sanitätsauto nach dem Städtischen Krankenhaus übergeführt. Vier an der Schlägerei beteiligte Personen wurden festgenommen und der Polizei vorgeführt.

— **Ruhestörender Lärm.** Am Mittwoch, 3. d. M., gegen 1.15 Uhr, wurden in der Bahnhofstraße fünf Personen wegen Ruhestörung gestellt und der Bezirkswache zugeführt.

— **Entkräftet aufgefunden.** In der Taunusstraße wurde am Dienstagmorgen ein 33 Jahre alter Kellner aus Luxemburg, der sich zur Zeit auf Wanderschaft befindet, bewußlos aufgefunden. Der Mann konnte vor Schwäche nicht mehr weitergehen, außerdem hatte er einen Rückfall von Malaria. Das Sanitätsauto brachte ihn ins Städtische Krankenhaus.

— **Wem gehören die geklohlten Pfirsiche?** Bei einer in der Nacht zum 2. August festgenommenen Person wurden etwa 20 Pfund Pfirsiche, die sie aus einem eingetragenen Gartengrundstück etwa 200 Meter hinter der Gutenbergstraße entwendet haben will, vorgefunden. Der Eigentümer ist nicht bekannt. Eigentumsansprüche können auf Zimmer 38 der Kriminalpolizei geltend gemacht werden.

— **Diebstahlschronik.** Am 30. Juni wurden von einer Rolle, die in der Emser Straße stand, zwei Möbelträgergurte entwendet. — Am 1. August wurde ein kleiner Lieferwagen, der vor einem Hause in der Adolfsallee stand, geklohl.

— **Bildtelegraphendienst Deutschland-Niederlande.** Am 1. August wurde der Bildtelegraphendienst zwischen Deutschland und den Niederlanden, sowie zwischen Deutschland und Niederländisch-Indien eröffnet. Näheres über Gebühren usw. an den Telegramm-Akzeptanzstellen.

— **Feldberggottesdienst.** Der nächste Feldberggottesdienst der Evangelischen Landeskirche in Nassau findet am Sonntag, den 7. August, vormittags 11¼ Uhr, am Brunhildisfelsen statt. Pfarrer Banja aus Arnoldshain hält die Predigt. Der Posaunenchor Arnoldshain wirkt mit.

Wiesbaden-Biebrich.

Die am Sonntag hier geländete weibliche Leiche konnte identifiziert werden und wurde von ihren Angehörigen aus Koftheim anerkannt. Es liegt Selbstmord vor.

In der Hochstraße wurde gestern ein herrenloses Fahrrad aufgefunden, Marke „Adler“, Nr. 1325 063, welches anscheinend gestohlen ist. Das Rad wurde vorerst bei der Kriminalpolizeidienststelle in Biebrich sichergestellt.

Wiesbadener Lichtspiele.

— **Walhalla-Theater.** Der neue Spielplan bringt zwei große Tonfilme in Erstaufführung. In dem Filmwerk „Zum goldenen Anker“ spielen Albert Bassermann, Jacob Tiedtke, Lucie Höflich, Ursula Graben, Mathias Wiemann, Karl Etlinger die tragenden Rollen. Alexander Korda führte Regie. Dem Film liegt Marcel Pagnols erfolgreicher Bühnenstück zugrunde. Der zweite Tonfilm behandelt auf hohem ethischem Niveau das Problem der Ehe „Frau? Geliebte?“. Ein wertvoller Tonfilm in deutscher Sprache hergestellt von der „Universal“-Film-A.G. Beginn um 6.15 und 8.30 Uhr.

Die Kelterobsternte im Jahre 1932.

Die Kelterobsternteausichten sind nach den bisherigen Feststellungen im Regierungsbezirk Wiesbaden gering. Im Gebiete südlich des Taunus bis Wiesbaden werden die anfallenden Mengen von den ortsanfälligen Keltereien, wie vor allem in Erbenheim, Kloppenheim, Bierstadt, Jagst, Auringen, Medenbach, Nordenstadt, Massenheim, Oberhöchstadt und von den Frankfurter Keltereien ohne weiteres aufgenommen. Dagegen besteht aus dem Vahn- und Westerwaldgebiet die Möglichkeit, Kelterobst, wie in früheren Jahren, nach Württemberg auszuführen. Schätzungsweise kommen unter Berücksichtigung der diesjährigen Ernteausichten etwa 30 000 Zentner, welche zur Ausfuhr außerhalb Nassaus gelangen werden. Bisher kommen nicht in Frage. Die landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft, Raiffeisen, in Verbindung mit der Zentralgenossenschaft für Obstverwertung wird auch in diesem Jahre versuchen, das Kelterobst zu erfassen. Im Jahre 1927 wurden durch Raiffeisen 64 000 Zentner Kelterobst in der Hauptsache nach Württemberg verladen. In den Jahren 1929 und 1931 waren es noch mehr Zentner. — Von Sachverständigen seit wird der Anfall von Kelterobst in Nassau in reichlichen Jahren auf etwa 500 000 bis 600 000 Zentner geschätzt. Bei einer Ernte, wie in diesem Jahre, kann man 200 000 Zentner Kelterobst annehmen.

Gewitterschäden in der Eifel.

— **Dann, 2. Aug.** Starke Niederschläge und starke östliche Unwetter mit wolkenbruchartigen Regenfällen haben in den letzten Wochen die Hoffnungen der Landwirtschaft auf ein ergiebiges Erntejahr zurückgedrängt. In dem eigentlichen Eifelgebiet ist es besonders der Roggen, der ziemlich unter den Witterungsschäden schwer gelitten hat. Weit schlimmer noch als im eigentlichen Eifelgebiet ist es in ihrem Randgebiet, auf dem Maifelde, mit der diesjährigen Ernte bestellt. In diesem Gebiet herrscht unter der Bevölkerung größte Not und Besorgnis. Dort ist das Getreide in einem Zustand, wie es die ältesten Landwirte noch nicht erlebt haben. So weit das Auge reicht, sieht man verwüstete Getreidefelder, die stellenweise kaum noch als solche zu erkennen sind. — Am schlimmsten betroffen sind von dieser Katastrophe die Gemarkungen von Gemeinden zu beiden Seiten der Bahnstrecke Mayen-Andersbach und Mayen-Koblenz. Der Schaden geht in die Hunderttausende.

Blitz schlägt in die Kirche.

— **Wirtensfeld, 2. Aug.** Über die Ortschaft Söter ging ein heftiges Gewitter nieder, das von einem wolkenbruchartigen Regen begleitet war. Ein Blitz schlug in den Turm der katholischen Kirche und zerstörte sie vollkommen. Die Turmbalken stürzten auf den Kirchplatz. Glücklicherweise hielten sich keine Menschen auf dem Platz auf, jedoch nur Sachschaden entstanden ist. Gebündelt hat der Blitz nicht. Die Kirche ist seit dem Jahre 1903 dreimal bereits durch Blitzeinschläge erheblich beschädigt worden.

wurde. Die beschwingte Stabsführung des Kapellmeisters Erich Wittmann brachte die musikalische Begleitung der Rurorchesters zu nachhaltigster Wirkung.

— **Frankfurter Theaterbrief.** Unser Frankfurter Arbeiter schreibt uns: Das „Weiße Röhl“ konnte in Frankfurt zum 100. Male angelehrt werden. Ein Erfolg, zu dem das Frankfurter Opernhaus noch nicht erlebt hat. Die harmante Köpfl-Wirtin, Erica Körner-Tiller, wird nun von Walh Arnos a. G. abgelöst, die sich in dieser Partie auch schon einmal dem Wiesbadener Publikum vorgestellt hat. Bei der Suche nach einem Ersatz für das „Weiße Röhl“ verfiel man — wie wir schon berichtet haben — auf die „Schöne Helena“, ohne daß der „Röhl“-Erfolg auch nur annähernd erreicht wurde. Auch das Operettenprodukt der bestreumierten Firma Ralph Benaynt und Kurt Goch: „Jitzu Amos“, das die „Schöne Helena“ ablösen sollte, kann sich offenbar schwer durchsetzen. Obwohl sich Ludwig Sievert, ein einflussreicher Bühnenbildner alle Mühe gab, aus der Operettenparodie ein Schauspiel zu machen, obwohl in der Zukunft eine vorzügliche „Amos“ zur Verfügung steht, obwohl Rudolf Scheel, der Spielleiter, und H. Seidenmann, der Kapellmeister, sich mit Eifer für das Werk setzten, bleibt der zum 2. Mal erwartete „Röhl“-Erfolg aus. — Das Neue Theater vermittelt ein Ensemble-Gastspiel der Komischen Oper Berlin mit Walter Goeckes Operette „Für eine schöne Frau“ (Text von Lenk und zwei Bearbeitern). Aber den Inhalt braucht man der Wiesbadener Aufführung nichts mehr gesagt zu werden. Für die Inszenierung zeichnete der frühere Leiter des Schauspielhauses, Richard Weidert, der jetzt nach München zum Leiter des Staatsschauspiels verpflichtet wurde. Besonders Walter Fankuhn, dann aber auch Lotte Mellen, Walh Tschick und das übrige Ensemble konnte sich über den an Beifall nicht beklagen. Am Pult: Werner Goeckes.

— **Wissenschaft und Technik.** Das Verzeichnis der Vorlesungen am Pädagogischen Institut Mainz für das Wintersemester 1932/33 ist im Druck erschienen und kann vom Sekretariat bezogen werden. Das Pädagogische Institut Mainz ist ein Institut der Abteilung für Kultur und Staatswissenschaften der Technischen Hochschule Darmstadt. Als Besucher des Pädagogischen Instituts Mainz werden ordentliche Studierende und Gasthörer zugelassen.

Deutschland und der Donauraum.

Um die Rettung Südost-Europas.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Bei der starken Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit den Donaustaaten ist das hohe Interesse Deutschlands an der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem vollauf begreiflich. Deshalb wird es auch jede Hilfsaktion zugunsten dieser Länder aufs lebhafteste begrüßen. Nur muß diese einerseits ohne alle politischen Nebenabsichten wirklich dem angestrebten Zweck dienen, eine Sanierung der Donaustaaten herbeizuführen. Andererseits darf sie auch der deutschen Wirtschaft nicht so große Opfer zumuten, wie sie für sie in ihrer heutigen schweren Notlage doppelt untragbar sind. Aus diesen beiden Gesichtspunkten allein sind auch die Bedenken zu beurteilen, die von deutscher Seite gegen den Tardieu-Plan geltend gemacht werden. Zunächst geht dieser von einer falschen Voraussetzung aus. Man denkt dabei an die österreichisch-ungarische Monarchie, die ja tatsächlich ein ziemlich einheitliches und ausgeglichenes Wirtschaftsgebiet darstellt, und glaubt durch die Zusammenfassung der im französischen Plan vorgesehenen fünf Donaustaaten ein solches Wirtschaftsgebiet wiederherstellen zu können. Aber der Raum, den diese Staaten ausfüllen, deckt sich geographisch und wirtschaftlich keineswegs mit dem Gebiet der früheren Habsburg-Monarchie. Große Gebiete, die zu dieser gehörten und meist Zulußbedarf an Getreide hatten, liegen jetzt außerhalb des im französischen Plan konstituierten Raumes (Gastien, Adriagebiet), dagegen sind große Agrargebiete (Ukrainien und Serbien) neu dazu gekommen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß diese fünf Staaten sich in der Zwischenzeit völlig auseinanderentwickelt haben. Eine wirtschaftliche Zusammenfassung dieser Länder auf der Basis von gegenseitigen Präferenzen würde zunächst den Agrarstaaten für ihr Getreide keinen Abzug sichern. Innerhalb des so entstandenen Wirtschaftsgebietes würde kaum ein Viertel des Getreideüberschusses untergebracht werden können, während der weit größere Teil auch weiterhin nur außerhalb dieses Gebietes abgesetzt werden könnte. Die Agrarstaaten hätten also durch diese Neuordnung nicht den geringsten Nutzen, dagegen wären bei einer gegenseitigen Präferenzierung die tschechoslowakische und österreichische Landwirtschaft der Vernichtung preisgegeben, weil sie die Konkurrenz der viel billiger produzierenden Agrarstaaten nicht aushalten könnten.

Auch auf industriellem Gebiete würden die wirklich notleidenden Donaustaaten durch die gegenseitigen Präferenzen nicht die geringsten Vorteile haben; denn gegen die hochentwickelte Industrie der Tschechoslowakei, die nach den französischen Absichten an der Präferenzierung beteiligt ist, könnten weder die österreichische Industrie, noch weniger natürlich die jungen Industrien in den Agrarstaaten aufkommen. Die Bilanz der „Sanierung“ nach dem französischen Plan würde also für Österreich eine absolute Verschlechterung seiner Wirtschaftslage ergeben, denn sowohl seine Landwirtschaft als auch seine Industrie würden einer aufreißenden Konkurrenz gegenüberstehen. Die Agrarstaaten würden aber nach wie vor gezwungen sein, ihre Getreideüberschüsse außerhalb des beabsichtigten Staatenbunds abzusetzen, mit dem Unterschied vielleicht, daß sich in Ermangelung von Kompensationen die Bedingungen des Absatzes verschlechtern würden. Aber auch die Vorteile, die ausschließlich der Industrie der Tschechoslowakei aus dem System gegenseitiger Präferenzen ohne Zweifel zufließen würden, durch die Verluste ihrer Landwirtschaft zum Teil aufgehoben werden.

Nicht nur nach deutscher Auffassung, sondern auch nach dem Urteil aller unbefangenen Sachverständigen würde die Verwirklichung des französischen Planes den wirklich notleidenden Donaustaaten die dringend notwendige Hilfe nicht bringen können. Aber auch in Wahrung seiner eigenen Interessen muß Deutschland dieser „Sanierung“ seine Zustimmung versagen. Es kann unmöglich zugeben, daß der an sich nicht notleidenden Tschechoslowakei dieselben Vergünstigungen eingeräumt werden wie den Donaustaaten. Dadurch erhielte die tschechoslowakische Industrie gegenüber der deutschen eine derartige Vorzugsstellung, daß diese von den für die lebensnotwendigen Märkte des Donauraums ohne Zweifel abgeschnitten werden würde. Angesichts des hohen deutschen Anteils an der Gesamteinfuhr dieser Länder wären die Opfer, die der französische Plan der deutschen Wirtschaft zumutet, untragbar.

Dem vom Standpunkte der Interessen sowohl der notleidenden Donaustaaten als auch Deutschlands so überaus ansehnliche Tardieu-Plan steht der deutsche Vorschlag der einseitigen Präferenzen gegenüber, der von der deutschen Wirtschaft wohl auch Opfer verlangt, aber Opfer, die wenigstens wirklich der Besserung der Wirtschaftsverhältnisse in den genannten Staaten dienen. Wenn man die Zweckmäßigkeit des deutschen Vorschlages der offensbaren wirtschaftlichen Zwecklosigkeit des französischen Planes gegenüberstellt, so drängt sich einem der Verdacht auf, daß der Tardieu-Plan unter dem Mantel wirtschaftlicher Absichten, im Grunde politische Ziele verfolgt. Und in der Tat bedeutet er zweifellos eine Wiederaufnahme der Donaupfandkreditpläne, die seit dem Umsturz immer wieder von interessierter Seite propagiert werden. Danach hätte auch der französische Plan den Sinn, durch die wirtschaftliche Zusammenfassung der fünf Donaustaaten ihre politische Vereinigung vorzubereiten, um auf diese Weise Ungarn und besonders Österreich unter den französischen Einfluß zu bringen und von Deutschland abzugrenzen. Diese Absichten muß Deutschland selbstverständlich auf jeden Fall zu verhindern suchen. Aber auch in den beteiligten Ländern stoßen sie auf den größten Widerstand. Sogar in der Tschechoslowakei hat der von Frankreich beschlossene Zusammenschluß der genannten Staaten zu einer Währungs- und Zollunion die schärfste Ablehnung gefunden. Der Vorwurf aber, daß Deutschland eine Hilfsaktion für die notleidenden Staaten sabotiere, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Gerade Deutschland hat durch sein Angebot von einseitigen Präferenzen für die notleidenden Staaten, deren Zweckmäßigkeit auf verschiedenen internationalen Konferenzen, vor allem auch von Frankreich, so in dessen sogenannten „plan constructif“ anerkannt worden ist, bewiesen, wie sehr ihm eine wirkliche Sanierung dieser Staaten am Herzen liegt. Deutschland hielt an der Idee der einseitigen Präferenzen konsequent fest, und strebte deren Verwirklichung noch bis vor kurzem im Einvernehmen mit Frankreich an. Wenn aber nun Frankreich in seinem Plane von dieser Linie abgegangen ist, so kann man daraus natürlich nicht Deutschland einen Vorwurf machen, sondern im Gegenteil muß Frankreich die Rechtfertigung für seine plötzliche Abkehr von seiner bisherigen Einstellung diesem Problem gegenüber überlassen bleiben.

Dr. Eva Wendorf:

Heiratsaussichten für Frauen günstiger!

Männerüberschuß für die jüngeren weiblichen Jahrgänge.

Einen Frauenüberschuß von rund 2½ Millionen ist in der letzten Volkszählung für Deutschland errechnet worden — eine gewaltige Zahl, die sich zum kleineren Teil durch die natürliche zahlenmäßige Überlegenheit der Frauen, zum größeren Teil durch die Kriegsverluste erklärt. Die Folge dieses Mißverhältnisses war, daß eine große Zahl von Frauen durch den Zwang der Lage zur Ehelosigkeit verurteilt waren. Seitdem hat keine Zählung mehr stattgefunden, und man könnte der Meinung sein, daß sich in der Zwischenzeit diese Verhältnisse wenig geändert haben, — jedenfalls soweit die Aussichten auf dem logen. Heiratsmarkt in Frage kommen.

Trotzdem kann man heute feststellen, daß gegenwärtig die allgemeinen Heiratsaussichten für Frauen sich erheblich günstiger gestaltet haben als in der ersten Nachkriegszeit. Und zwar ist diese Erleichterung darauf zurückzuführen, daß in der Zwischenzeit die stark betroffenen Frauenjahrgänge der 20er und 30er Jahre zum größten Teil in ein Lebensalter gerückt sind, in dem sie meist nicht mehr mit einer Heirat rechnen; für die jüngeren Jahrgänge aber besteht heute durchaus kein Frauenüberschuß; es scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein.

Teilt man sämtliche in Deutschland lebende Frauen in verschiedene Altersgruppen auf und vergleicht die einzelnen Gruppen rein zahlenmäßig mit den entsprechenden männlichen Jahrgängen, so ergeben sich folgende interessante Ergebnisse: In der Gruppe der Frauen über 50 ist das Plus auf weiblicher Seite außerordentlich hoch. Fast drei Viertel Millionen (also mehr als 30 Prozent) aller durch die letzte Statistik erfassten „überschüssigen“ Frauen entfällt auf diese Jahrgänge. Dabei muß aber beachtet werden, daß es sich bei diesen Frauen keineswegs überhaupt um solche handelt, die infolge ihrer Überzahl überhaupt nicht zur Ehe gelangt sind; vielmehr gehören mehr als 50 Prozent von ihnen dem Witwenstande an, und sie erscheinen nur dadurch unter den Alleinlebenden, weil sie langlebiger sind als ihre Männer.

In der nächsten Gruppe, bei den heute 30- bis 50jährigen Frauen, finden sich diejenigen, die tatsächlich durch die Kriegsverluste am schwersten betroffen worden sind: sie sind es, für die gleichaltrige oder entsprechend ältere männliche

Partner zahlenmäßig nur sehr schwach vertreten sind. Die männlichen Jahrgänge 1880 bis 1900 haben ja fast durchweg am Kriege teilgenommen, und ihre Reihen sind es, in denen die großen Lücken entstanden sind. Demzufolge findet sich in diesen Altersklassen die größte Zahl der überschüssigen Frauen: rund 1,2 Millionen (das bedeutet von der Gesamtzahl aller Frauen „zuviel“ etwa 50 Prozent) gehören zu der Gruppe der 30- bis 50jährigen. Unter diesen sind sehr viele Kriegswitwen, — sehr viele gehören aber auch dem ledigen Stande an.

Dann aber bei den jüngeren Jahrgängen unter 30, denjenigen also, die heute im eigentlichen Heiratsalter stehen, gleicht sich das geschilderte Mißverhältnis allmählich wieder immer mehr aus.

Wenn für die 28- bis 30jährigen die Heiratsaussichten heute noch gemindert sind, so hat dies seinen Grund weniger in einer zahlenmäßigen Überlegenheit der Frauen über die entsprechende männliche Altersgruppe, als vorwiegend darin, daß meist noch die Gewohnheit besteht, daß nicht Gleichaltrige einander heiraten, sondern daß der Mann ein um mehrere Jahre jüngeres Mädchen wählt.

Der tatsächliche Frauenüberschuß ist heute für die 28jährigen nur noch sehr gering; es gibt nur wenige Tausend Frauen „zuviel“. Für die jüngeren Jahrgänge wird allmählich das Verhältnis immer günstiger; bei den 25jährigen ergibt sich sogar schon ein Überschuß an gleichaltrigen Männern, der rund 3000 beträgt.

Je weiter nun die jungen Jahrgänge in die Betrachtung einbezogen werden, desto mehr verschieben sich die Ziffern zugunsten der Frauen.

Bei den 18jährigen besteht schon ein Männerüberschuß von rund 10 000, und gar für die heute 12jährigen beträgt das Plus auf männlicher Seite rund 22 000.

Auch für die jüngeren Jahrgänge besteht durchweg ein Männerüberschuß. So werden in nicht allzu ferner Zeit die Frauen den Triumph erleben, daß sie durch einen „Selteneitswert“ ausgezeichnet sind, ähnlich wie in der ersten Nachkriegszeit und teilweise heute noch die Männerwelt.

Die Einsichtnahme in das Grundbuch und in die Gerichtsregister.

Von Amtsgerichtsrat Dr. Schmidt-von Rhein (Wiesbaden).

Nach der Grundbuchordnung ist die Einsicht des Grundbuchs jedem gestattet, der ein berechtigtes Interesse darlegt. Das gleiche gilt von den Grundakten, einschließlich der vorliegenden, noch nicht erledigten Eintragungsanträge. Eine alle Fälle bedeckende Erklärung, was unter „berechtigtem Interesse“ zu verstehen ist, läßt sich nicht geben. Das Interesse an der Einsicht kann ein rechtliches, ein öffentliches, aber auch nur ein rein tatsächliches, zum Beispiel wirtschaftliches, sein. Offenlegung des Grundbuchs aus Neugier oder zu unbefugten Zwecken zum Beispiel des Mieters, um die Belastungen des Hauses kennen zu lernen oder um den Eigentümer oder einen Hypothekengläubiger wegen unrichtiger Steuererklärung anzuzeigen oder um ihnen durch Verwertung der gewonnenen Kenntnisse den Kredit zu erschweren ist nicht zulässig. Mit Zustimmung des Eigentümers ist selbstverständlich das Grundbuch jederzeit einsehbar, gegen seinen Willen nur bei Vorlegung des berechtigten Interesses. Eine Ausnahmestellung nehmen nur die öffentlichen Behörden ein, denen die Einsicht jederzeit gestattet ist.

Das Interesse an der Einsicht muß dem Grundbuchamt dargelegt werden. Es empfiehlt sich also, die Unterlagen, auf Grund deren man die Einsicht wünscht, auf dem Gang zum Grundbuchamt einzulegen (Titel gegen den Eigentümer oder den Hypothekengläubiger, Rechnungsauslässe gegen die gleichen Personen, Briefwechsel usw.). Handelt es sich um Kaufverträge, so wird ihnen in der Regel die ausdrückliche Zustimmung des Eigentümers erteilt, das betreffende Grundbuch einzusehen. Liegt diese nicht vor, so kann auf Grund der einfachen Behauptung, man benötige das betreffende Grundbuch zu kaufen, die Einsicht nicht gewährt werden, es sei denn, daß man an Hand eines Briefwechsels mit dem Eigentümer oder einem Grundbuchsmatter seine tatsächliche ernsthafte Kaufabsicht darlegt; ist auch das nicht möglich, dann empfiehlt sich die Beauftragung eines Notars mit der Einsicht des Grundbuchs, dem ebenso wie den öffentlichen Behörden jederzeit die Einsicht gestattet ist. Kaskern und Auskunftsstellen ist die Einsicht nur erlaubt, wenn sie sich durch Vollmacht ihres Auftraggebers ausweisen und entweder die Zustimmung des Eigentümers oder das berechtigte Interesse ihres Auftraggebers darlegen. Zur Darlegung genügt, daß das Grundbuchamt irgendwie einen geisbaren und überzeugenden Anhalt für die Richtigkeit der Darstellung des Antragstellers erlangt.

Soweit die Einsicht des Grundbuchs und der Grundakten gestattet ist, kann auch eine Abschrift gefordert werden. Diese Abschrift ist auf Verlangen zu beglaubigen. Selbstverständlich ist der Einsichtnehmende auch befugt, sich selbst Aufzeichnungen zu machen. Die Ausübung der Einsicht ist an die Dienst- bzw. Sprechstunden gebunden; ein Verlesen des Grundbuchs ist nicht zulässig, der Grundakten nur ausnahmsweise. Eine Pflicht zur Auskunftserteilung besteht nicht, erst recht nicht zur Kartenteilung. Der Einsichtnehmende muß alles Erforderliche selbst dem Grundbuch und den Grundakten entnehmen.

Bisher war die Einsicht in das Grundbuch und in die Grundakten gebührenfrei. Durch die preussische Verordnung vom 19. Juli 1932 (Preussische Gesetzsammlung 1932, S. 245 in Verbindung mit der Verfügung des Justizministers vom 26. Juli 1932) ist diese Gebührenfreiheit aufgehoben. Für die Einsicht eines Grundbuchblattes und der dazu gehörigen Grundakten wird eine Gebühr von 30 Pf. erhoben; mehrere Grundbuchblätter desselben Eigentümers gelten als ein Blatt, wenn die Einsicht gleichzeitig erfolgt. Die Gebühr ist vor der Einsichtnahme zu entrichten. Sie wird selbstverständlich auch erhoben, wenn die Einsicht nur in das Grundbuch oder nur in die Grundakten gewünscht wird. Unberührt von dieser Einsichtnahmegebühr bleiben natürlich andere zur Entziehung gelangende Gebühren (zum Beispiel für Abschriften). Gebührenpflichtig ist auch die Einsicht durch einen Notar. Es sei zur Vermeidung von Mißverständnissen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Zahlung der Gebühr nicht ohne weiteres zur Einsichtnahme berechtigt, sondern daß selbstverständlich das berechtigte Interesse noch darzulegen ist. Die Gebühr ist auch fällig, wenn die Einsichtnahme durch ein Gericht aus Anlaß einer gerichtlichen Beurteilung erfolgt (zum Beispiel aus Anlaß einer Auflassung, eines Vergleichs usw.). Die Gebühr wird in solchen Fällen mit den Beurkundungskosten von der zahlungspflichtigen Partei erhoben. Der bei der Gerichtskasse oder bei der

Geldstelle erhältliche Gebührenaussweis gilt nur für den Tag der Lösung und für das Gericht, wo er gelöst wurde.

Die Gebühr kann im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit des Zahlungspflichtigen erlassen werden. Auch in solchen Fällen empfiehlt es sich, um unnütze Wege und Arbeit zu vermeiden, sofort die Unterlagen (Steuerzettel, Armenbescheinigung, Wohlfahrtsausweis oder ähnliche amtliche Bescheinigungen) mitzubringen. Über Einwendungen oder Beschwerden gegen den Anlaß von Gebühren oder deren Erhebung entscheidet — der Aufseher, der Amtsgerichtsdirektor, — also nicht der Grundbuchrichter.

Für die Einsicht des Handelsregisters, des Güterrechtsregisters, des Vereinsregisters sowie des Schiffsregisters nebst den zugehörigen Akten gilt die gleiche Gebührenpflicht. Auch diese Gebühren sind vor der Einsichtnahme zu entrichten.

200 Pfälzer SA-Leute festgenommen.

Mannheim, 2. Aug. Die Ludwigshafener Bereitschaftspolizei hat auf Veranlassung der Regierung der Pfalz in Freinsheim bei Bad Dürkheim ungefähr 200 dort versammelte SA- und SS-Leute aus Oppau und Ludwigshafen festgenommen. Bei einer großen Anzahl der Verhafteten fand man Waffen, Totschläger und andere durch die Notverordnung verbotene Gegenstände. Soweit die Verhafteten sich strafbar gemacht haben, sind sie in Haft behalten worden und werden dem Gericht zugeführt werden. Die Ermittlungen der politischen Polizei haben weiter Veranlassung gegeben, 13 führende Nationalsozialisten aus Ludwigshafen, darunter die Führer der SA, SS und des Motorsturms am Dienstagmittag zu verhaften. Die Verhafteten haben zum Teil angegeben, sie wollten bei einer etwaigen Bedrohung ihrer Parteigenossen diese schützen.

Todesopfer eines politischen Zusammenstoßes.

Zweibrücken, 2. Aug. Am Montagnachmittag stießen Nationalsozialisten, die auf einem Lastkraftwagen durch die Hauptstraße fuhren, mit Passanten zusammen. Der Arbeiter Lindhelm aus Zweibrücken, Vater von zehn Kindern, wurde dabei tödlich getroffen. Mehrere andere Personen mußten mit schweren Verletzungen ins Zweibrücker Krankenhaus eingeliefert werden. Sechs SA-Leute wurden verhaftet.

Politische Zusammenstöße an der Lahn.

Diez, 2. Aug. Zwölf SA-Leute, die in der Nacht von Sonntag auf Montag einen Parteigenossen und dessen Frau, der in der Diezer Altstadt wohnt, nach Hause begleitet hatten, wurden beim Rückmarsch von einem Trupp von 50-60 Reichsbannerleuten und Kommunisten verfolgt. An der Lahnbrücke kam es zu Tötlichkeiten, in denen der Kommunist Roth mit einem Messer um sich schlug und den SA-Führer Niederracher durch einen Stich in die Herzgegend lebensgefährlich, drei weitere SA-Leute schwer verletzte. Roth wurde verhaftet. — In Dauborn ereignete sich in der Nacht zum Montag ein blutiger Vorfall. In einer dortigen Scheune übernachteten auswärtige SA-Leute. Der SA-Führer Jans hatte mit einem Passanten einen Wortwechsel. Angeblich hatte er ihn um Feuer gebeten, das ihm aber verweigert wurde. Jans begab sich in die Scheune und veranlaßte drei SA-Leute herauszukommen, um sich mit dem Mann auseinanderzusetzen, mit dem er Differenzen gehabt hatte. In demselben Augenblick passierten drei junge Leute, die mit der Angelegenheit gar nichts zu tun hatten, die Scheune und es kam zwischen ihnen und den SA-Leuten zu einer Prügelei, in deren Verlauf das Messer eine Rolle spielte. Der SA-Mann Munsch aus Camberg hat gekündigt, den einen der jungen Leute durch einen Stich in die Brust verletzt zu haben, eine Verletzung, die sich als lebensgefährlich herausgestellt hat. Auch die beiden anderen jungen Leute wurden, wenn auch nur leicht, durch Messerstiche verletzt.

Falschmünzerei in einem Kornfeld.

— Mainz, 2. Aug. Der Kriminalpolizei gelang es, am Dienstagvormittag drei Falschmünzer festzunehmen, die in einem Kornfeld bei Hechtsheim falsche Zweimarkstücke hergestellt und in den Verkehr gebracht hatten. Die zur Herstellung benutzten Werkzeuge wurden von der Kriminalpolizei im Stadtpark vergraben aufgefunden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.



Um die Verfassung der spanischen Republik.

Blick auf eine Riesenversammlung in der Arena von Madrid. Die katalanische Frage, die schon so vielen Regierungen noch unter der Monarchie die größten Schwierigkeiten bereitet hatte, ist auch von der republikanischen Regierung nicht gelöst worden. Katalanien verlangt nach wie vor absolute Selbständigkeit, was bei den übrigen spanischen Provinzen erhebliche Erbitterung auslöst.

Frankreichs „graue Eminenz“.

Berthelot, der französische Holstein tritt zurück.

Unser Pariser Vertreter schreibt uns:

Wenn man in Deutschland Augenblicklich nicht so sehr von den innenpolitischen Ereignissen in Anspruch genommen wäre, hätten die Nachrichten aus Frankreich, die soeben eintrafen, sicherlich noch mehr Aufsehen erregt. Denn von den außerordentlich wichtigen Veränderungen, die gegenwärtig am Quai d'Orsay vorgenommen werden, hängt es ab, wie sich in Zukunft Frankreichs Beziehungen zu Deutschland gestalten werden. Man kennt in den diplomatischen Kreisen Deutschlands sehr gut den Namen des Mannes, der die Außenpolitik von seinem Bureau aus geleitet hat, nach dessen Anweisungen sich die Außenminister Frankreichs fast immer gerichtet haben. Man weiß, daß Philippe Berthelot, der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, der nunmehr zurücktritt, für Frankreich ungefähr das bedeutete, was für Deutschland einst Holstein, die graue Eminenz, gewesen ist. Genau so wie Holstein strebte auch Berthelot nicht nach äußeren Ehren und Würden. Er wollte nicht den Schein, den Glanz der Macht, sondern nur die Macht selbst ohne ihre äußeren Attribute.

Es war interessant festzustellen, wie sich der Nachfolger dieses Mannes im Laufe der Zeit in den unersütterlichen Willen wandelte, die einmal errungene Stellung nicht mehr aufzugeben. Das unerschütterliche Gesicht, die beweglichen Augen, jenes stets etwas gezwungene winelnde, freundliche Lächeln um den von einem breiten Schnurrbart bedeckten Mund deuten darauf hin, daß man es mit einem Mann zu tun hat, der zu reden, aber auch zu schweigen weiß. Außenminister kamen und gingen, Frankreichs Haltung zu Deutschland wechselte, aber Berthelot blieb. Ein einzigesmal war es dem jähren Poincaré gelungen, das Duell, das er mit Berthelot still, aber erbittert auskämpfte, zu seinen Gunsten zu entscheiden. Berthelot mußte gehen, denn man hatte ihm nachgewiesen, daß er in eine über anmutende Korruptionsaffäre verwickelt war. Aber Berthelot war viel zu schlau, um sich entscheidend in eine derartige Angelegenheit verwickeln zu lassen. Es dauerte nicht lange, und der ehrgeizige Berthelot kehrte wieder zum Quai d'Orsay zurück. Den Gipfel seiner Macht erklomm er unter Briand. Das war kein Wunder, denn Briand haßte bekanntlich nichts so sehr als das trodene Altkontinuum. Er liebte es, sich von seinen Mitarbeitern Auszüge aus den Aktenstapeln unterbreiten zu lassen, die er um seinen Preis der Welt durchstudieren wollte. So war er denn auf die Mitarbeit des überaus fleißigen Berthelot angewiesen, der seinem Herrn und Meister die zeitraubende Arbeit gern abnahm. Man wußte, daß Berthelot nie aus dem Quai d'Orsay verschwinden würde, solange Briand dort regierte. Am besten wußte dies Berthelot selbst. Reiblos überließ er Briand die Vorbeeren, die jener bei den internationalen Konferenzen erntete. Er hielt sich im Hintergrund, es genügte ihm zu wissen, daß fast alle Verträge, die Frankreich schloß, alle Bindungen, die es einging, zum großen Teil sein Werk waren. Was kümmerte es ihn, daß die ganze Welt Briand applaudierte. Ihm genügte das Bewußtsein, der mächtigste Mann im französischen Außenministerium und damit der wahre Lenker der Geschicke seines Landes zu sein. Man wußte, daß Berthelots Zeit um war, als Briand seinen Ministerjessell verließ. Nur Berthelot wollte es nicht wissen, er klammerte sich an seinen Posten. Als es gar nicht mehr anders ging, bedeutete der neue Ministerpräsident, Herrriot, dem Direktor des Auswärtigen Amtes, daß seine Gesundheit erschöpft sei, daß er sich erholen müsse. Diesen Wink endlich konnte der ehrgeizige Berthelot nicht mehr überhören. Er mußte gehen, und selbstverständlich waren es „Gesundheitsrückichten“, die in den Vordergrund geschoben wurden.

Wer wird nun der neue Herr des französischen Außenministeriums sein? Als einer der aussichtsreichsten Anwärter gilt Jean Herbet, der gegenwärtig Frankreich in Spanien vertritt. Herbet stammt aus einer alten Diplomatenfamilie. Schon sein Onkel, Jules Gabriel Herbet, hatte den Posten bekleidet, den Jean Herbet jetzt einnehmen soll. Ein Vetter Jean Herbet war Gesandtschaftsattaché in Berlin. Auch er hatte eine glänzende Karriere gemacht. Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß dieser Diplomat als „Deutsche Post“ ins französische übertrat. Nach der Vater von Jean Herbet, Francois Louis Herbet, war Diplomat. Er bekleidete den Posten eines Direktors im Außenministerium. Später wurde er zum Staatsrat ernannt. Jean Herbet, sein Sohn, der jetzt 54 Jahre zählt, war ursprünglich Journalist. Sieben Jahre lang war er Außenminister an der bekannten französischen Zeitung „Temps“, dann wurde er — fast von der Redaktionskette fort — zum französischen Botschafter in Moskau ernannt. Es erregte damals großes Aufsehen, daß man gerade Herbet mit diesem schwierigen Posten betraut hatte. Zu jener Zeit näm-



Der dritte amerikanische Präsidentschaftskandidat.

Reverend James Cox, ein bekannter katholischer Priester aus Pittsburg, zieht als Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Arbeitslosen in den Wahlkampf. Cox hat aus eigenen Mitteln große Arbeiterwohnungen erbaut, die er den Arbeitern zum Geschenk machte. Seine Anhänger, die blaue Hemden tragen, sind voller Zuversicht auf ein günstiges Ergebnis, doch hat sich bisher gegen die beiden traditionellen amerikanischen Parteien, die Republikaner und Demokraten, noch niemals eine dritte Partei durchzusetzen vermocht.

lich waren die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland besonders gespannt. Später sollte Herbet Verhandlungen über die Bezahlung der russischen Vorkriegsanleihen in die Wege leiten, die zum größten Teil in Frankreich placiert worden waren. Einige Zeit sah es auch so aus, als ob diese Verhandlungen zu einem Erfolg führen sollten, später wurden sie jedoch ergebnislos abgebrochen. Herbet verließ seinen Posten und wurde Botschafter in Madrid. Nun wird er wahrscheinlich zu einem der wichtigsten Posten aufrücken, den die französische Regierung zu vergeben hat.

Vor neuen irisch-englischen Verhandlungen.

de Balera unnachgiebig.

Dublin, 2. Aug. Im Senat wird morgen ein Antrag auf Ernennung von Delegierten für die wiederaufzunehmenden Verhandlungen mit Großbritannien über die Landannuitäten eingebracht werden. De Valera scheint aber nicht geneigt zu sein, hinsichtlich der Bedingungen, die der Irische Freistaat bei den Verhandlungen stellen wird, nachzugeben. Gestern sind in irischen Häfen mehr als 40 000 Tonnen britischer Kohle eingetroffen. Die neuen Zölle auf die Kohle werden entrichtet werden. Bisher sind keine Kohlen vom Kontinent angekommen und auch keine angekündigt.

Ein „Dossena“ der Malerei.

Großer Fälschungsandal in Italien.

Frederico Zoni, der berühmte Restaurator, als Meisterfälscher. — Die „Originalen“ der Schule von Siena. — Ein Meister der Kopien alter Bilder.

Italien hat einen neuen Fälscherandal. Der bekannte Meisterfälscher italienischer Renaissance-Bildhauerarbeiten Dossena hat einen Nebenbuhler auf dem Gebiete der Malerei in dem berühmten Restaurator von Siena, Frederico Zoni, erhalten, der jüngst gestand, daß er „alte Meisterwerke“ besonders der „Schule von Siena“ in großer Zahl hergestellt und verkauft habe. Er hat sie allerdings nicht als Originalen angeboten und auch nicht Summen verlangt, die man für echte alte Meisterwerke zahlt, sondern er hat sich mit bescheidenen Summen von 500 bis 1000 Lire begnügt. Frederico Zoni, der heute im Alter von 68 Jahren steht, war ursprünglich Einrahmer. Er kam dadurch viel mit alten Bildern in Berührung, für die er filigrane Rahmen anfertigte, denn er hatte schon als junger Mann ein sehr feines Gefühl für das Wesen der alten Kunst. Seine Rahmen waren berühmt, und er galt lange Zeit als der beste Verfertiger von Rahmen für alte Bilder. Er verstand es, alte Rahmen so auszuzeichnen zu kopieren, daß man sie für echt hielt, denn er lernte in jünger Arbeit die Kunst der alten Rahmenkünstler, die er an Originalen studierte.

Bald aber beschäftigte er sich mit den Bildern selbst, und es gelang ihm, ihre Technik so vorzüglich zu erlernen, daß er als Restaurator in dem Museum beschäftigt wurde. Hier hatte er zahlreiche hervorragende Meisterwerke vor sich, die er allmählich zu kopieren begann. Er wurde ein Meister der Technik der alten Maler, und nun malte er im Stille von Simone Martini, Duccio, Lorenzetti und anderen, wobei es ihm Späß machte, die Bilder so „echt“ herzustellen, daß selbst hervorragende Sachverständige sie wie alte Originale der sienesischen Schule hielten. Viele seiner Bilder hatten dann eigenartige Schicksale, ähnlich wie die Werke von Dossena oder die unechten van Goghs, um die jüngst in Berlin ein Prozeß geführt wurde. Die Bilder, die von den Händlern mit wenigen Mark bezahlt wurden, denn 1000 Lire sind auch nicht eine große Summe, gingen dann für große Preise besonders nach Amerika, wo sie in die Sammlungen der Millionäre oder der Museen gelangten. Oft mußte Zoni, der als Kenner einen guten Namen hatte, seine eigenen „alten Meisterwerke“ begutachten. Er hielt mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge, zumal er oft hörte, daß der neue Besitzer das Bild für wenige hundert Lire gekauft hatte und nun der Meinung war, daß er gewissermaßen den Händler übers Ohr gehauen hätte. Die Käufer waren empört, wenn sie hörten, daß die Bilder nicht echt seien, und beruhigten sich erst, wenn Zoni sie fragte, ob sie glaubten, für 1000 Lire einen alten Meister erhalten zu können.

Zoni selbst hat in einer Schrift eine genaue Darstellung seiner Art zu arbeiten gegeben, denn er legt seinen Wert darauf, die Welt zu täuschen. Trotzdem ist er Schuld daran, daß zahlreiche moderne Nachahmungen als echte alte Meister im Umlauf sind. Deutschland hatte auch einst einen ungewöhnlichen Kopisten, nämlich den berühmten Maler Lenbach, der zahlreiche Bilder von Rubens und anderen alten Meistern im Auftrage des Freiherrn von Schöb in Italien kopierte. Diese Kopien sind berühmt geworden, denn sie geben die malerischen Werte der alten Künstler meisterhaft wieder. Diese Bilder haben heute einen hohen Wert, aber jeder wußte und weiß, daß es sich um Lenbachsche Kopien handelt. Die „alten Meister“ von Zoni dagegen gelten heute noch vielfach als Originale.

Gerichtssaal.

* Zuchthaus im Düsseldorf-Devisenschieberprozeß. Der Bankkommissionär Goldschmidt in Düsseldorf wurde wegen Verbrechens und Vergehens gegen die Devisenverordnung zu 15 Monaten Zuchthaus, circa 40 000 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Mitangeklagte Kaufmann wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. — Es ist dies der erste Fall, daß in Deutschland Zuchthaus gegen einen Devisenschieber verhängt worden ist. Das Gericht erklärte, Goldschmidt sei besonders hart zu bestrafen, weil er in einer Zeit allgemeiner Not aus schnöder Gewinnucht die deutsche Währung gefährdet habe. Goldschmidt hat mit zahlreichen holländischen Banken gehandelt und verbotene Verkäufe in Wertpapieren, besonders I. G. Farbenaktien und Reichsbankanteilen, durchgeführt.

Wetterbericht.



Vom Agoregebiet erstreckt sich ein Hochdruckausläufer bis in unsere Gegend, während über Island eine ausgedehnte Tiefdruckzone lagert, die einen Ausläufer nach England hin entwickelt hat. Die Luftdruckverteilung bedingt immer noch die Zufuhr maritimer Luftmassen, so daß bei uns das unbeständige, wenn auch nicht durchweg unfreundliche Wetter mit zeitweisen Aufseiterungen erhalten bleibt. **Witterungsaussichten bis Donnerstagabend:** Meist bewölkt mit Regenfällen und sinkenden Temperaturen (schwache Winde aus nördlicher Richtung).

Meteorolog. Beobachtungen d. Station Wiesbaden

2. August 1932	7 Uhr 27	9 Uhr 27	11 Uhr 27	Witterl
	morg.	nachm.	abends	
Luft auf 6° und Normalhöhe	782.0	761.2	760.8	761.8
rel. auf dem Meeresspiegel	782.1	761.1	760.9	761.9
Thermometer (Celsius)	14.8	20.8	14.4	16.1
Luftspannung (Millimeter)	11.1	11.3	11.3	11.4
Relative Feuchtigkeit (Prozent)	86	63	91	72
Windrichtung	SW 1	SO 2	NO 1	-
Niederschlagshöhe (Millimeter)	-	0.6	0.4	-
Höchste Temperatur:	22.0			Niedrigste Temperatur: 12.

Wasserstand des Rheins

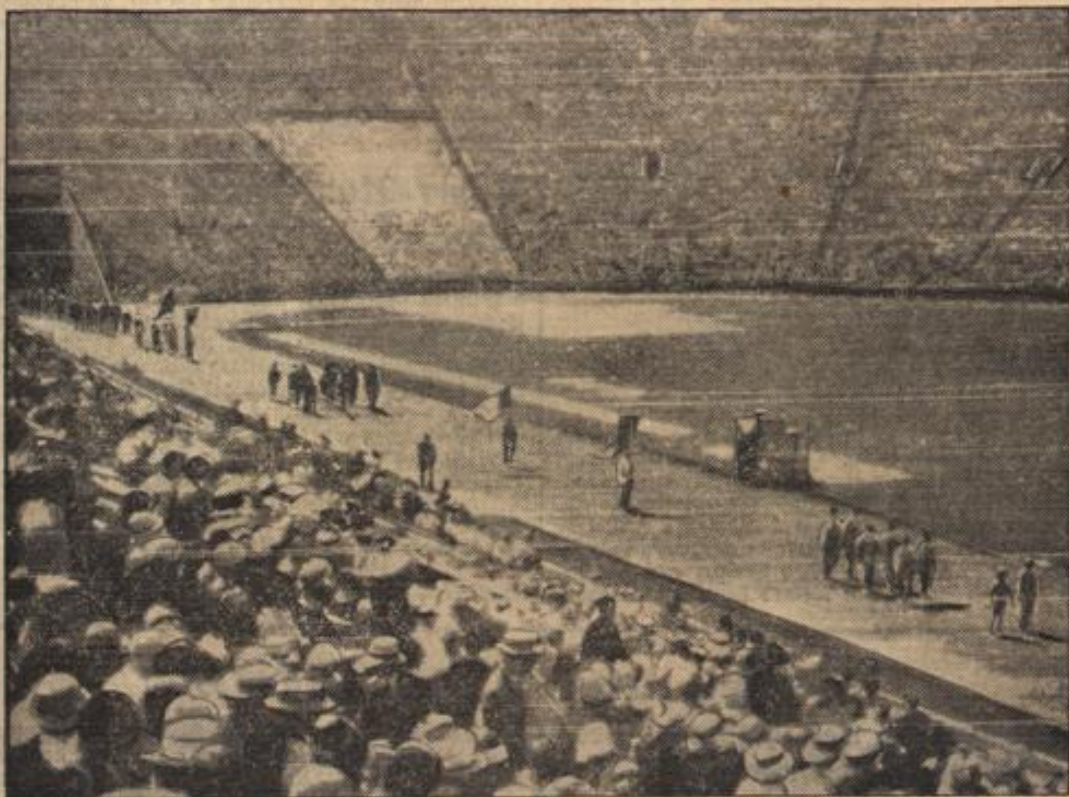
am 3. August 1932.

Wiedrich: Pegel	2.46 m	gegen	2.32 m	gestern
Regen:	1.78	"	1.84	"
Gaub:	3.10	"	3.20	"
Rhein:	2.91	"	3.01	"

Die heutige Ausgabe umfaßt 14 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“.

Ordnungswort für Politik und Handel: A. Kettler; für Unterhaltung, Stadt- und Land: H. Kettler; für die Angelegenheiten der Reichsregierung: H. Kettler; für die Angelegenheiten der Reichsregierung: H. Kettler; für die Angelegenheiten der Reichsregierung: H. Kettler.

Olympia 1932



Das erste Juntbild aus Los Angeles.

Der feierliche Einzug der Vertreter der 49 Nationen in das Stadion von Los Angeles. An den Einzug schloß sich die Ablegung des Olympischen Eides aller Kämpfer an. Das Bild wurde als erstes ohne Kabelbenutzung von New York nach Europa gesandt.



Die Schnellsten der Welt.

Links: Der amerikanische Neger Eddie Tolan, der im 100-Meter-Lauf der Olympischen Spiele in neuer Rekordzeit (10,3) Sieger blieb. In der Mitte: Metcalfe, ebenso wie Tolan amerikanischer Neger, wurde von dem Sieger nur um Bruchteile geschlagen. Rechts: Der Deutsche Jonath belegte als erster Weißer den dritten Platz und errang Deutschland damit eine Bronzene Medaille.

Beide Neger-Sprinter vor Jonath.

Zu den leichtathletischen Wettkämpfen des Montags hatten sich im Olympischen Stadion über 40 000 Zuschauer eingefunden. Zunächst wurde das Halbfinale im 100-Meter-Lauf ausgetragen, bei dem der Deutsche Körnig im ersten Lauf nur letzter wurde, während Jonath in der zweiten Vorentscheidung hinter zwei Amerikanern den dritten Platz belegte. Bereits eine halbe Stunde später wurde der Entscheidungslauf durchgeführt. Nach gutem Start des gesamten Feldes schoben sich alsbald die drei Favoriten Tolan, Metcalfe und der Deutsche Jonath in Front. Tolan siegte, wie bereits berichtet, sicher in neuer Olympischer Rekordzeit vor Metcalfe und Jonath. Ergebnis: 100-Meter-Entscheidung: 1. und Olympiasieger Tolan-USA, 10,3 Sek., 2. Metcalfe-USA, 3. Jonath-Deutschland, 10,5 Sek., 4. Simpson-USA, 5. Joubert-Südafrika, 6. Yoshioka-Japan.

Überraschung im 400-Meter-Hürdenlauf.

Die zweite Entscheidung des Montags, der 400-Meter-Hürdenlauf, brachte einen Überraschungssieg des Irlands Tisdal, der in jähem Kampf seinen knappsten Vorsprung vor den beiden Amerikanern behaupten konnte. Seine prächtige neue Weltrekordzeit kann allerdings seine Anerkennung finden, da der Ire eine Hürde rief. Der zweite erreichte mit 52 Sek. ebenfalls noch einen neuen Olympiarekord. Ergebnis: 400-Meter-Hürden-Entscheidung: 1. und Olympiasieger Tisdal-Irland, 51,8 Sek., 2. Hardin-USA, 52 Sek. (neuer Olympischer Rekord), 3. Taylor-USA, 4. Lord Burghlen-England, 5. Jacelli-Italien, 6. Åresloug-Schweden.

51,8 Sek. 2. Hardin-USA, 52 Sek. (neuer Olympischer Rekord), 3. Taylor-USA, 4. Lord Burghlen-England, 5. Jacelli-Italien, 6. Åresloug-Schweden.

O'Callaghan siegt wieder im Hammerwerfen.

Im Hammerwerfen konnte der Ire O'Callaghan mit 53,92 Meter seinen Sieg von Amsterdam wiederholen. Den zweiten Platz belegte der Finne Pörhölä vor dem Amerikaner Jeremba-USA.

Die 110-Meter-Hürden-Vorläufe.

Bei den am Dienstag durchgeführten 110-Meter-Hürden-Vorläufen konnten sich die Deutschen Wegner und Welscher für die Zwischenläufe qualifizieren. Wegner wurde im ersten Vorlauf Dritter, Welscher gewann den dritten Vorlauf in 14,8 Sek.

Neuer Weltrekord im Diskus der Frauen.

Bei den Vorkämpfen der Frauen im Diskuswerfen stellte die Amerikanerin Osborn mit 44,15 Meter einen neuen Weltrekord auf.

Weitere Vorentscheidungen.

Frä. Dollinger im 100-Meter-Endlauf.

Der Montag brachte im Olympischen Stadion noch die Vor- und Zwischenläufe der Frauen über 100 Meter und die beiden Vorentscheidungen im 3000-Meter-Hindernisläufen. Bei den Frauen gewann die Deutsche Dollinger ihren Vorlauf, wie sie sich auch

durch einen zweiten Platz im Zwischenlauf zusammen mit den beiden Amerikanerinnen von Bremen und Wilsbe, der Kanadier Streite und der Polin Balsh, die mit 11,9 Sekunden einen neuen Olympischen Rekord aufstellte, für die Entscheidung qualifizierte. Während den Zwischenläufen der Frauen stieg auch erstmals die deutsche Reichslage am mittleren Olympiastadion in die Höhe, die offizielle Würdigung der ersten durch Ismayr errungenen Goldmedaille. Die 3000-Meter-Hindernis-Vorentscheidungen, bei denen die jeweils fünf Besten in das Finale gelangten, brachten gleich zwei neue Olympische Rekorde, im ersten Lauf durch den Engländer Ewenston mit 9:10,8 Min. und im zweiten Lauf durch den Finnen Ilo Hollo mit 9:14,6 Min. Für den Entscheidungslauf haben sich drei Amerikaner, drei Finnen, zwei Engländer und zwei Italiener qualifiziert.



Irland erobert an einem Tage zwei Goldene Olympia-Medaillen.

Tisdal (links), der die 400-Meter-Hürdenstrecke gewann. Seine Zeit von 51,8 Sekunden ist Weltrekordzeit, kann jedoch als solche nicht anerkannt werden, da Tisdal eine Hürde warf. Dr. O'Callaghan (rechts), der das Hammerwerfen gewann. Beide sind Angehörige des kleinen irischen Volkes, das somit an einem einzigen Tage zwei Olympische Sieger stellte.



Auch im Hindernis-Langlauf gab es neuen Olympischen Rekord.

Der Finne Ilo Hollo, der im Vorlauf zum 3000-Meter-Hindernislauf mit 9 Min., 14,6 Sek. einen neuen Olympischen Rekord aufstellte.

Fußball.

Bremer SV. — Rapid Wien 1:3 (0:3).

Nach dem sonntäglichen Gastspiel in Hamburg reiste Rapid Wien am Montag in Bremen, wo die Osterreicher gegen den Bremer SV. antraten. Bei schönem Wetter waren die Wiener in der ersten Halbzeit klar überlegen, während die Gäste in den zweiten 45 Minuten etwas nachließen, sodass das Treffen ausgeglichener und damit interessanter wurde. Die Wiener gingen durch ihren Mittelfürmer mit 2:0 in Führung, während Schilling noch vor dem Wechsel auf 3:0 erhöhte. Bei recht guten Leistungen konnte dann Bremen nach der Pause zum Ehrentor kommen. Dem Treffen wohnten 4000 Zuschauer bei.

Tennis.

Wiesbadener Tennis- und Hockeysklub.

Der Wiesbadener Tennis- und Hockeysklub hatte am vergangenen Sonntag den T.R. „Grün-Weiß“ Mannheim zu Gast, der mit einer recht starken Mannschaft erschienen war. Die hiesigen hatten ebenfalls eine starke Mannschaft aufgestellt, so daß es zu ausgeglichenen Kämpfen kam, aus denen Wiesbaden mit 12:10 Punkten als Sieger hervorgehen konnte. Bei den Hiesigen fehlten bei den Herren eigentlich nur v. Knoop und bei den Damen Fr. Horn, Fr. v. Binde und Fr. Alberti. Angeführt wurde die Wiesbadener Mannschaft durch seinen Altmeister O. Froitzheim, gegen den der Mannheimer Salmons nichts zu bestellen hatte. Auch Oskar Kreuzer spielte wieder einmal mit und bestritt mit Froitzheim zusammen das Herren-Doppel. Reinhardt bestritt seine gute Form, indem er Dr. Gang ganz glatt abfertigte. Auch Bremser bewies durch einen hartkämpften Sieg gegen den routinierten Spieler Krebs erneut seine Verlässlichkeit. Etwas überraschend, wenigstens in dieser Höhe, kam der Sieg von Baron v. Ende über seinen recht guten Gegner Strauß. Einen weiteren schönen Sieg für Wiesbaden erstritt Haefner, der seinen jüngeren Gegner im entscheidenden dritten Satz mit 6:1 hineinlegte. Bei den Damen erwiesen sich die für Wiesbaden als Spitzenpielerinnen tätigen Spielerinnen Frau Hees und Fr. Hennerich ihren Gegnerinnen bedeutend überlegen, während die drei nächsten Wiesbadener Damen jeweils knapp verloren.

Die Ergebnisse:

Herren-Einzel: Froitzheim — Salmons 6:2, 6:1; Hammacher — Walbed 2:6, 2:6; Reinhardt — Dr. Gang 6:0, 6:1; v. Knepper — Boehringer 4:6, 4:6; Bremser — Krebs 6:1, 9:7; v. Ende — Strauß 6:0, 6:1; v. Schertel — Sillib 6:2, 3:6, 4:6; Haefner — Engelhorn 6:2, 3:6, 6:1. — Damen-Einzel: Frau Hees — Fr. Boehringer 6:2, 6:0; Fr. Hennerich — Fr. Engelhorn 6:0, 6:1; Fr. Limpach — Fr. Karcher 1:6, 4:6; Fr. Boerner — Fr. Seubert 4:6, 4:6; Fr. Mugele — Fr. Aug 4:6, 5:7. — Herren-Doppel: Froitzheim-Kreuzer gegen Salmons-Walbed 0:6, 7:5, 6:4; v. Ende-Reinhardt gegen Boehringer-Krebs 1:6, 4:6; Bremser-Knepper gegen Dr. Gang-Sillib 1:6, 6:4, 6:4; v. Knepper-Hammacher gegen Engelhorn-Strauß 6:3, 5:7, 6:3. — Gemischtes Doppel: Hennerich-Reinhardt gegen Boehringer-Salmons 6:4, 6:4; Hees-v. Knepper gegen Engelhorn-Walbed 6:3, 7:5; Mugele-v. Ende gegen Seubert-Boehringer 6:1, 1:6, 4:6; Limpach-Karcher gegen Aug-Gang 3:6, 6:3, 3:6; Boerner-Bremser gegen Karcher-Krebs 3:6, 2:6, 4:6. — Gesamtergebnis: 12:10 Punkte, 27:25 Sätze, 253:216 Spiele für Wiesbaden.

Auch die Jügend des Tennis- und Hockeysklubs Wiesbaden entfachte in letzter Zeit eine rege Wettspieltätigkeit. Sie spielte mit großem Erfolg in Bensheim, Weinheim, Darmstadt, Homburg, Koblenz und Bingen und ist nunmehr auch nach Mannheim eingeladen. Alex Kadermacher vom T.R.A. beteiligte sich beim Turnier in Nordern und gewann dort das Einzelspiel für Junioren im Endspiel gegen die diesjährige sächsische Junioren-Meisterin. Die aus England mit großen Erfolgen heimgekehrte Marieluise Horn beteiligte sich kommende Woche an den deutschen Tennis-Meisterschaften in Hamburg und ist weiterhin auch an den daran anschließenden Länderkampf gegen England, der in Köln zum Austrag kommt.

Tennisclub „Grün-Weiß“ Wiesbaden-Biebrich.

Fünf Damen und acht Herren des Klubs spielten am Sonntag in Homburg gegen die erste Mannschaft des Homburger Tennisklubs. Leider litt die morgens ausgetragenen Spiele unter der Hitze, während am Nachmittag stark einsetzender Regen zum Abbruch des Turniers zwang. Die Damen Quentel, Binder, S. Held, Sommer und L. Held bewiesen erneut ihre gute Durchschnittsleistung. Alle Damen gewannen ihre Einzelspiele glatt in zwei Sätzen. Härter kämpften mußten die Herren, die in der Aufstellung Crones, Freundlich, Werner Diederhoff, Gerd Diederhoff, Vogel, Daelen, Günther Diederhoff und Jengsch spielten. Mit Ausnahme Gerd Diederhoffs, der gegen Rosenberg in drei Sätzen verlor, und Jengschs, legten die Grün-Weißen in allen Herren-Einzelspielen. Leider waren sie in keinem der vier gespielten Herren-Doppel erfolgreich. Den schärfsten Widerstand leisteten amerikanisch-Gerd Diederhoff, die der vorzüglich eingestellten amerikanischen Verstärkung des Homburger Klubs Wichte 1-Wichte 2 nach drei harten Sätzen den Sieg überlassen mußten. Die übrigen Grün-Weißen-Doppel erwiesen sich als zu wenig eingepieilt, um erfolgreich sein zu können. Die gemischten Doppel fielen dem Regen zum Opfer. Im Gesamtergebnis gewann Grün-Weiß den Klubkampf mit 11:6 Punkten, 27:16 Sätzen und 227:169 Spielen. — Eine zweite Mannschaft des Klubs trug mit drei Damen und sechs Herren des Klubs in den Richard-Wagner-Anlagen einen Klubkampf aus. Mit 9:6 Punkten blieben die Grün-Weißen auch in diesem Turnier Sieger. Es spielten für Grün-Weiß die Damen Hähner, Böhren, Bauch, die Herren Rosziemski, Arndt, Hülsh, Koller, Limpach und Hähner.

Deutsches Turnen.

Turnerbund Wiesbaden und des Kreisturnfest in Trier.

Dienstag hatte der Turnerbund Wiesbaden zur Generalprobe zum 35. Kreisturnfest in Trier eingeladen. Leider kann die Teilnehmerzahl nicht den früheren Kreisturnfesten angepaßt werden. Die Zeit mahnt zur Einschränkung. Das Gebotene fand im guten Verhältnis zu dem Können des Vereins. Man hatte dieses Mal viele Jugendturner zu der Meisterschaft des Vereins gestellt, um ihnen Wettkampferfahrung zukommen zu lassen. Ihre Leistungen standen nicht viel hinter denen der Aktiven zurück. Zwar mußten noch Fehler getilgt werden, die auf Unsicherheit beim öffentlichen Turnen zurückzuführen sind. Die drei Turnerinnen zeigten in allen Fächern Bollenfestes. Gut gelaufen die Reckübungen, ebenso wie Kugelübungen und die Marsch- und Freilübungen der Turner. An Stelle des erkrankten Turnlehrers Schid wird Turnwart Nagel eine kleine, aber wackere Schär nach Trier begleiten.

Hockey.

Die Gastspiele der Inder in Deutschland.

Die indische Olympia-Hockey-Mannschaft, die bekanntlich im Anschluß an die Olympischen Spiele in Deutschland einige Spiele austragen wird, trifft mit der deutschen Olympia-Expedition am 3. September in Hamburg ein. Am 4. September treten die Inder dann gegen eine norddeutsche Mannschaft in Hamburg an, reisen dann nach Berlin, wo am 7. September ein Spiel gegen Brandenburg ausgetragen wird. Am Sonntag, 11. September, ist Köln der Schauplatz des Ländertreffens Deutschland — Indien. Als letztes Spiel vor der Abreise von Neapel spielen die Inder am 13. September in Frankfurt oder Heidelberg gegen eine süddeutsche Auswahlmannschaft.

Kanusport.

Kanuclub Wiesbaden-Biebrich.

Nach der geselligen Feier anlässlich des 10. Stiftungsfestes des Vortages war der Sonntag sportlichen Wettbewerben gewidmet, zu welchen sich eine stattliche Zuschauer-menge am Bootshaus einfand. Rennen 1: Herren-Zweiter für Mitglieder des Ortsvereins: 1. Hofferbert-Brenner Kanuclub Mainz, 2. Sauernheimer-Kunzelmann Kanu-freunde Mainz, 3. Esle-Griffel K.K. Mainz. Rennen 2: Herren-Einer für Mitglieder des K.C.W.B.: 1. Kipp, 2. Lauesen, 3. Seelbach, 4. Siebert. Rennen 3: Fiskerstechen: Im ersten Gang siegten Bührer-Zimmer (K.C.W.B.) gegen Emrich-Geis (K.K. Mainz). Der zweite Gang sah nach leichtem Kampf Schilleinger-Kunzelmann (K.K. Mainz) gegen Hofferbert-Brenner (K.K. Mainz). Der dritte Gang war sehr hart umkämpft. Mehrmals mußten beide Mannschaften ins Wasser. Endlich gelang es dann Schilleinger-Sauernheimer (K.K. Mainz) Seelbach-Parth (K.K. B.W.) in einwandfreier Weise ins nasse Element zu befördern. 1. Kanufreunde Mainz, 2. Kanuclub Biebrich-Wiesbaden. Rennen 4: Gemischter Zweier: 1. Fr. Reppert-Emrich (K.C.W.B.), 2. Fr. Ruppert-Gerhard (K.C.W.B.). Rennen 5: Herren-Einer, Altersklasse: 1. Stiefel, 2. Jährnabach, beide K.C.W.B. Rennen 6: Eskimokentern: Diese Übung wurde zum ersten Male in der hiesigen Gegend durchgeführt und so wurde diese Nummer zu einer besonderen Attraktion der Wettkämpfe. Besonderen Beifall errang daher Seelbach (K.C.W.B.), dem es als einzigem von vier Teilnehmern gelang, über 100 Meter zu eskimotieren. Im Ziel zeigte er die Übung noch einmal ohne Paddel, sodass er unter Wasser in sein Boot ein und richtete es mittels Paddelstrichs wieder auf. Rennen 7: Damen-Einer: 1. Fr. Christmann, 2. Fr. Ring, beide K.C.W.B.). Rennen 8: Geschicklichkeitsfahren: Sieger A. Seelbach (K.C.W.B.) knapp vor Schüller (K.K. Mainz) und Esle Mainz. Rennen 9: Herren-Einer: Rennbootklasse: Nach fabelhaft gefahrenem Rennen wurde 1. Geis K.K. Mainz, 2. Emrich K.K. Mainz, 3. Rint K.K. Mainz, 4. Schüller K.K. B.W.

Schwimmen.

Zwei neue deutsche Frauen-Rekorde.

Am Montagabend gab es in Magdeburg zwei neue deutsche Frauen-Schwimmerrekorde. Fr. Stegmann vom 1. Magdeburger Damen-S.C. unternahm zwei offiziell angemeldete Rekordversuche über 800- und 1000-Meter-Freistil. Über 1000 Meter verbesserte sie mit 16:15,7 die bisherige Bestleistung der Dresdnerin Schönmeyer von 17:04 Min. ganz erheblich, wie sie bei dem gleichen Versuch auch bei 800 Meter 13:03 Min. ihren eigenen Rekord bereits unterboten.

Neues aus aller Welt.

Unterzahlungen im Verkehrsbureau des Auswärtigen Amtes.

Zwei Beamte festgenommen.

Wie die Pressestelle des Berliner Polizeipräsidiums mitteilt, hat sich bei einer unvermuteten Nachprüfung der Kassenbestände der Reisefasse des Verkehrsbüros im Auswärtigen Amt ein Fehlbetrag von 42.000 Mark herausgestellt. Der Verdacht, diesen Betrag unterschlagen zu haben, richtete sich gegen den Leiter des Büros, den Ministerialamtmann Engel und den dort tätigen Obersekretär Sommer. Sommer, der sogleich festgenommen wurde, legte vor der Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis ab. Engel wurde von seiner Urlaubsreise zurückgerufen und nach seiner Ankunft in Berlin festgenommen. Er gab zu, daß eine Vermischung von amtlichen Geldern mit seinen Privatgeldern vorgenommen sein könne, und daß er die Taschengelder dann zu seinem Nutzen verbraucht habe.

So endet ein Erfindergenie...

Ingenieur Marek, der Held eines Sensationsprozesses.

Nach kurzer Krankheit starb in einem österreichischen Spital der Wiener Erfinder Emil Marek. Wer erinnert sich nicht an Marek. Er, der Held eines Sensationsprozesses, da man ihn völlig grundlos beschuldigte, er habe sich durch Selbstverstümmelung in den Besitz einer hohen Versicherungssumme setzen wollen. Im April 1927 erfolgte der Freispruch Emil Mareks und seiner Frau. Seitdem haben sich die Eheleute schlecht und recht durchs Leben geschlagen. Mit den 240.000 Schillingen, die ihm die Versicherungsgesellschaft auszahlte, verlor Marek, zunächst in Nordafrika Geschäfte zu machen. Als die Pläne fehlschlagen, kaufte er sich in Wiener-Neustadt auf dem Marktplatz einen Obstand. Zuletzt war er in einem Radiogeschäft als technischer Mitarbeiter tätig.

Der phantastische Lebensroman eines Erfindergenies! Als Jüngling kommt Emil Marek ins Kadettenkorps, wo er als Musterhüter allgemein auffällt. Später, nach dem Umsturz, studierte er Technik und verdiente sich durch den Verkauf von Patenten seinen Lebensunterhalt. Als Zwanzigjähriger macht er dann die Bekanntschaft eines um 6 Jahre älteren Mädchens. Es wird seine Frau und seine beste Mitarbeiterin. Während seine Frau ihm die geschäftliche Korrespondenz führt, grübelt er an neuen Erfindungen. Das Glück der beiden gleichgerichteten Seelen kennt keine Grenzen, als Emil einen günstig beurteilten Elektrifizierungsplan für das jüdische Burgenland einreicht. Ingenieur Marek soll technischer Direktor der Elektrifizierungsgesellschaft werden, an der sich 16 Gemeinden beteiligen. Das Leben eines Industriellen ist immer gefährdet. Versicherungsgesellschaften umdrängen Emil Marek und fordern ihn auf, einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle zu schließen. Nach einigem Zögern nimmt Marek das Angebot des Anglo-Dachstein-Klubs an. Mit 40 Millionen Kronen — mit 2,5 Millionen Mark — ist Emil Marek gegen Unfälle jeder Art versichert.

Und dann, wenige Tage nach dem Vertragsabschluß, geschieht das gräßliche Unglück. Straßenkollanten hören im Hofe der Marekschen Villa in Mödlingen einen juchhenden Aufschrei. Als sie hinzueilten, fanden sie den Ingenieur mit abgetaktem Fuße im Blute liegend. Die Rettungsgesellschaft erscheint. Er habe sich selbst verstückelt, um in den Besitz der hohen Versicherungssumme zu gelangen. Die Versicherungsgesellschaft geht den Gerüchten nach, stellt eingehende Untersuchungen an und läßt dem Ehepaar Marek schließlich den Prozeß machen. Der Sensationsprozeß rollt in Wien unter ungeheurer Anteilnahme der Bevölkerung ab. Die Richter müssen sich von der Schuldlosigkeit des Angeklagten überzeugen und erkennen auf Freispruch. Die Sympathien des Publikums waren ganz auf Seiten Mareks. Nun ist der hochbegabte Mann, von dem man noch viel erwarten durfte gestorben.

hatte. Die Zwischenzeiten waren: 100 Meter: 12:21 Min. 200 Meter: 2:59 Min. 400 Meter: 6:18 Min. 500 Meter: 7:58 Min. Eine Anerkennung dieser beiden Rekorde dürfte nichts im Wege stehen.

Schach.

In der sechsten und achten Runde des Thematurniers des Düsseldorfer Schachvereins mußten einige Partien wegen Verhinderung von Looze und Dr. Kufz ausfallen. Rießinger vergrößerte durch einen Sieg über Bernards seinen Vorsprung; den er in präziser Weise zum Siege verwertete. Michalowski hat gute Aussichten auf den zweiten Platz, da er gegen Looze 1½ Punkte gewinnen konnte und auch in seiner Partie gegen Engels günstig zu Ende ging. Die erste Partie von Looze gegen Michalowski endete in einem beiderseitigen Spiel unentschieden. In der zweiten Partie spielte Michalowski resistent, opferte zwei Bauern und erhielt Angriffs. Da Looze sich nicht genau genug verteidigte, eroberte Michalowski die Dame gegen Turm und Figur in gewannen schließlich. Engels brachte gegen Michalowski in der Eröffnung eine Neuerung, opferte einen Bauern und erhielt eine sehr gute Stellung. Nach verwickeltem Mittelspiel hielt Michalowski im Turmendspiel einen Bauern mehr. Auch gegen Bernards opferte Engels in der Eröffnung einen Bauern. Bernards verteidigte sich gut, unternahm dann aber eine unkorrekte Kombination, die Engels Gewinnchancen einräumte. Engels fand aber nicht die stärkste Fortsetzung und mußte wegen eines scharfen Mattangriffs remis halten. Stand nach der achten Runde: Rießinger 5+2, Engels und Michalowski 4½+1½, Dr. van Rug 2½+3, Bernards 2½, Looze 1+1½.

Sport-Rundschau.

Der deutsche Stehmeister Möller konnte in Bordeaux erneut zu einem schönen Erfolg kommen. In dem Wettbewerb um das goldene Rad siegte Möller mit 5 Punkten vor Linart und Wambst mit je 8 Punkten. Es folgten Grassin mit 10 und Laforge mit 14 Punkten. In beiden ersten Läufen über 20 und 30 Kilometer wurde Möller jeweils nur Zweiter, während er im dritten Lauf über 50 Kilometer überlegener Sieger wurde.

Im weiteren Verlauf des Athletik-Kongresses in Los Angeles wurden die Neuwahlen vorgenommen. Der Deutsche Kampmann wurde Vizepräsident. Seinem Antrag entsprechend wird an Stelle des bisherigen Olympischen Dreikampfes bei den Europa-Meisterschaften und Olympischen Spielen ein Fünfkampf, der zwei bedarmübungen enthält, zum Austrag kommen. Wichtig ist auch, daß in Zukunft zu den Europa-Meisterschaften nur noch Europäer zugelassen werden.

Überfall auf ein Auto des Kölner Wohlfahrtsamtes. Ein Auto des Wohlfahrtsamtes Köln, mit dem Gelder der Dienststelle im Stadtteil Bickendorf gebracht werden sollten, wurde von Banditen überfallen. Die Räuber erbeuteten etwa 4000 Mark und flüchteten mit dem Dienstwagen in höchster Geschwindigkeit. Ein Schußpolizist schoß vergeblich auf die Täter. Das Überfallkommando nahm die Verfolgung auf, über deren Ergebnis bisher jedoch noch nichts zu erfahren ist.

Eine Familie mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Klempner Karl, seine Frau und sein Sohn in Trier wurden in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet tot aufgefunden.

Das Explosionsunglück in Emmerich. Ein Autobus aus Trier fuhr am Mittwoch früh kurz nach 8 Uhr auf der Fahrt nach Rempten bei Leubas gegen einen Baum. Von den 27 Passagieren des Wagens wurden 11 leicht und 4 schwer verletzt.

Zwei Tote nach einer Kirchweihfeier. Nach Eintreten der Polizeikräfte gerieten nachts Teilnehmer an einer Kirchweihfeier in Sonneberg in politische Streitigkeiten. Ein Polizist wurde mit dem Gummiknüppel nicht da sein konnte, griff er zu der Schusswaffe und gab sechs Schüsse ab. Ein 35-jähriger Töpfer und eine 25-jährige Frau erlitten tödliche Schüsse. Auch der ruhestellende Gasmann erhielt einen Oberarmbruch. Als der Beamte seine Wunde geleert hatte, flüchtete er durch das Küchenfenster und holte Verstärkung herbei. Inzwischen war Ruhe eingekehrt.

Selbstmord des früheren Ministerpräsidenten Schuler. Der frühere Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin Paul Schröder, hat in seiner Wohnung in Rostock, Selbstmord durch Erschießen begangen. Das Motiv der Tat ist unbekannt. Schröder leitete in den Jahren 1926/27 das sozialistische Kabinett Schröder-Wohlfahrt.

Verhörungen beim Reichsbahn-Gaswerk in Bremen. Die bremische Staatsanwaltschaft beschäftigt sich gegenwärtig mit schweren Verhörungen beim Reichsbahn-Gaswerk Bremen, das von einer Berliner Firma betrieben wird. Seit Jahren hat der Gasmeister Duffner durch Manipulationen an der Gasanlage die Reichsbahn um mehrere Tausend Kubikmeter Gas betrogen. Man schätzt den Schaden auf mindestens 100.000 Mark.

Blutiges Familiendrama im Tunnel. Ein blutiges Familiendrama ereignete sich im Personenzug Ugron-Susatz in dem Augenblick, als der Zug den großen Tunnel vor Susatz durchfuhr. Als es wieder hell wurde, bemerkte die Reisenden in einem Abteil dritter Klasse eine Frau, die blutüberströmt und leblos am Boden lag. Es war die Frau eines Polizeiwachmeisters namens Stephan aus Susatz. Das Ehepaar, das seit langem miteinander in Unfrieden lebte, reiste zusammen von Karlsruhe nach Wiesbaden. Während der Fahrt kam es wieder zu heftigen Streitereien und in dem dunklen Tunnel gab der Polizist auf die Frau zwei Schüsse ab, die von den Mitreisenden wegen Geräusches beim Durchfahren des Tunnels nicht gehört werden konnten. Die Frau war auf der Stelle tot. Der Mann selbst hat sich unmittelbar nach der Tat in der Toilette des Wagens durch einen Schuß schwer verletzt. Mit dem Ehepaar reiste auch dessen 14-jährige Tochter, durch die verzweifelte Hilferufe die Reisenden auf das blutige Drama aufmerksam wurden.

216 Personen bei einem Fahrensunfall ertrunken. In der Nacht zum Montag ertranken 216 Personen bei einem Fahrensunfall in Ostbengalen. Ein Boot mit 216 Personen an Bord, das auf dem Meer verunglückte, wurde von einem Boot mit 216 Personen an Bord gerettet. 216 Personen ertranken. Nur 31 konnten gerettet werden.

Aus Privatbesitz

Silber
Kaffee- und Teeservice
und antike Götzen
einige Klubsessel.

Offerten unter A. 786 an
den Tagbl.-Verlag.

Damen-Verkleide
Gr. 48, zu kaufen gel. Off. u.
u. 778 an Tagbl.-Verl.

Einfache u. beff. Möbel
werden gekauft und gut
bezahlt. Off. unter A. 757
an den Tagbl.-Verlag.

Guterhaltener
Cisternentor

zu kaufen gel. Off. unter
A. 780 an Tagbl.-Verlag.

Kaufe laufend
gebrauchte Motorräder.
Rheing. Auto-Reparatur.
Albert Rebert.

Friedrichstraße 53,
im Hause Dörflein.

Guterh. gebr. D. Fahrrad
zu kaufen gel. Off. u.
u. 781 an Tagbl.-Verlag.

D. Fahrrad zu kauf. gel.
Off. u. 779 an Tagbl.-Verl.

Herren- u. Damen-Rad
zu kaufen gel. Off. u.
u. 778 an Tagbl.-Verlag.

Gebr. Ofen
amerik. od. irisch. System,
schwarz oder emailliert,
zu kaufen gel. Off. unter
A. 780 an Tagbl.-Verlag.

Herb - Ofen gesucht. Off.
u. 749 an Tagbl.-Verlag.

Gebrauchtes Kognat-Rad.
80-100 Liter fassend, zu
kaufen gel. Off. unter
A. 779 an Tagbl.-Verlag.

Flaschen
An- und Verkauf

E. Klein
Lager und Wohnung
Westendstraße 18
Fernruf 25173

Unterricht

Ige. geb. Engländerin
erteilt Unterricht, auch
Uebersetzung von Korre-
spond. Nachw. Vittoria-
straße 8, 3.

Klavier-Lehrerin
erteilt arb. Unterricht.
1a. Kl. Stunde 2 Mark.
Off. u. 781 an Tagbl.-Bl.

Verloren * Gefunden

Grüne Kinderkridweite
verlor auf d. Wege Geis-
bergstr. Neuberg. Abzug.
Rehrstraße 23, 2.

Bor sirfa 14 Tagen
1 rotweiss sowie 1 schwarz-
weiss gefleckter Kater ent-
laufen.

Restaurant Teleservice
Luisenstraße 29.

Geschäftl. Empfehlungen

Autotransporte

Umsätze u. Vereinsfahrten
Wintermeyer u. Herborn,
Sonnenberg.
Telephon 26535.

Führerschein
für alle Klassen. Ausbild.
a. auf eig. Fahrschule. Bei
Vorlesung verl. Ausbild.
Rechtskurs m. Rabatt.
Gegenseit. mögl. Auf
Bausch Abhol. i. Stadtdes.

Privat-Fahrschule
Carl Grün
Kaiser-Friedr.-Ring 17.
Tel. 27501.

Patente

D. R. G. M. und W. Z.
erwirkt Pat.-Ing.

A. Schwan
Wiesbaden
Michelsberg 7 Tel. 26420

Buchführung, Buchprüf.,
Bilanzabst. Hausverw.,
Steuerrech. führt laufend
aus. kl. Beding. Br. Ref.
Off. u. 763 an Tagbl.-Bl.

Schneider
Aufträge jegl. Art übern.

Schwanz
Frankenstr. 13, Tel. 23486
Besuch o. Nachfr. unverb.

Verste Damen-Kleider,
jede Ausführung, zu 5.-
Arbeitslohn billiger.
P. Horn,
Bettstr. 17, Stb. 1-1.

Reparaturen
an Schreibmaschinen.
Grafe, Luisenstraße 15.
Erich Schneider arb.
Kleider, Mäntel, Kostüme
u. a. außer dem Hause.
Guter Sitz. Anna unter
A. 779 an Tagbl.-Verlag.

Körperkultur

Anni B. Wallach
dipl. Kosmetikerin
Webergasse 3, neben Hotel
Nassauer Hof. Tel. 24723

Körperpflege
Massagen für Damen.
Margot Viedau,
Langgasse 39, 1.

Massage

Reuß, Masseuse
Webergasse 11, 2

Heiraten

52jährige Dame
wünscht alt. ledigen Herrn
mit Herzensbildung kenn.
zu lernen zwecks Heirat.
Offerten unter A. 779 an
den Tagbl.-Verlag.

Verchiedenes

Achtung! Achtung!

Möchten Sie sich auch heute
noch das Energie u. Fleiß
eine dauernde Existenz
verschaffen, so kommen
Sie zu mir. Ich zeige
Ihnen den Weg durch
meine persönliche Ein-
arbeitung. Voraussetz. täg-
lich von 8.30 bis 10 Uhr
vorm. u. 6-8 Uhr abds.
in der „Schleifstube“.
Kirchstraße 59, bei dem
Dra. P. Nagel.

Frankfurt

Sin- und Rückladung am
16. 8. Umsätze, Trans-
porte. Billigste Berechn.
Weimer, Ludwigstraße 6.
Telephon 22614.

Wer lief eine 50 bis 60
Meter Mauer, 25 cm
dick, und den Mtr. zu
welchem Preis? Off. u.
u. 778 an Tagbl.-Verlag.

Abonnementsplatz 3. Ka-
erzte Reide, zu vergeben.
Wagner, Philippsberg-
straße 29, Tel. 26586.

Geb. alt. Dame

wünscht mit alt. Herrn in
guten Verhältn. gemeinl.
Haushalt zu führen. Mod.
Wohnung in reiner gesund.
Lage. Off. unter A. 789
an den Tagbl.-Verlag.

Bleikristall

mit neuen Effektschliffen sind beliebte Geschenk-
artikel. Billigste Preise und größte Auswahl bei

M. Stillger, Häfnergasse 16.

Photomaton

4 verschiedene Bilder -50

sofort zum Mitnehmen
für Pässe zugelassen.

Foto-Heep

Friedrichstr. 42 Kirdigasse 26

Sonntags v. 10 Uhr ab geöffnet

DRUCKE

WERBE

Kataloge, Prospekte, Preis-
listen, Mehrfarbendrucke,
Broschüren, Werke, Plakate

L. Schollenberg'sche Hofbuchdruckerei

WIESBADENER TAGBLATT

Kantore Tagblatt-Haus • Telephon 59631



Frische
Sied- u. Trink-

EIER

zu 7 8 9 u 10
10 Stck. 68 78 88 98 Pf.

Allerfeinste holländische Süßrahm-

BUTTER

Spezialmarke „Zwanzig“ 1.60
die auserlesene erstklassige Qualität Pfd. 1.50
Feinste deutsche Marken-Butter Pfd. 1.35
Deutsche Molkerei-Butter . . . Pfd. 1.35

GEORG FOKTER

Faulbrunnstraße 7
Häfnergasse 17
Marktstraße 32
Webergasse 31
Tel.-Nr. 20000

KÄSE ALLE SORTEN KÄSE

Miet-Piano.

Gebe guterh. Instr. f. 6-
monatl. ab. Bei längerem
Kauf Mietanrechn. Off.
u. u. 780 an Tagbl.-Verl.

Karten- und
Handelekunst

Frau Voh. Schiersteiner
Str. 26, 2. Nur Damen.

Zufunftsdeutung

Steffens, Saalstraße 38, 2

Geschäfts-Anzeigen

Zeitgem. b. Preise. Aufn.
a. Reil.-Br. 10-19 Uhr,
bei d. Leuchfontänen 21
b. 22 Uhr Photo-Anstalts-
arten im Central-Hotel.

Zeitgem. b. Preise. Aufn.

a. Reil.-Br. 10-19 Uhr,
bei d. Leuchfontänen 21
b. 22 Uhr Photo-Anstalts-
arten im Central-Hotel.

Zeitgem. b. Preise. Aufn.

a. Reil.-Br. 10-19 Uhr,
bei d. Leuchfontänen 21
b. 22 Uhr Photo-Anstalts-
arten im Central-Hotel.

Freilichtspiele

im F419
Märchenhain - Niederheimbach

Samstag, den 6. August 1932

anlässlich der Einweihung des Denkmals
für die Märchenerzähler - (Gebr. Grimm)

Unter Mitwirkung von Mitgliedern des Staats-
theaters Wiesbaden. 16 Uhr u. 19.30 Uhr. Preise der
Plätze: Mk. 1.20, 0.80, 0.60, Kinderplätze Mk. 0.40.

Sonderdampfer aus Richtung Mainz - Wiesbaden -
Koblenz, Reichsbahn zur Rückfahrt ab Niederheim-
bach 10.44 und 11 Uhr Eilzug. Wiederholung der
Spiele Sonntag, 7. August, nachm. 16 u. 19.30 Uhr.

Goethe-Geld-Lotterie

BAHNHOF 8 STRASSE

Koester

Eilt! Ziehung: Ueberrnorgen

Los Mk. 1.- Höchstgewinn Mk. 30000

Losbrief Mk. 5.- 2166

Stuttgarter Schloßbrand-Geldlotterielose

zu Mk. 0.50 Doppellos Mk. 1.-

Rechtsberatungsstelle

Beratung durch Juristin

Bahnhofstraße 10, 2

Mäßiges Honorar.

Qualitätsweine

machen die

Pfirsich-Bowle

bekömmlich und geschmacklich

hervorragend.

Nehmen Sie:

1931er Rauenthaler Rotheck

Orig.-Abfüllung Weingut Diefenhardt

Liter-Flasche 75 Pf. ohne Glas

mit 4% Rabatt.

Billiger Bowlen-Wein

Liter 48, 54, 60 Pf. oh. Glas

Jünke Alexi Tauber

Kais.-Fr.-Ring 30 Michelsberg 9 Adelheidstraße 34.

Platzversteigerung für die Kirchweih

Wiesbaden-Kloppenheim.

Die Versteigerung der Plätze für die am 28. und
29. August und 4. September 1932 stattfindende
Kirchweih erfolgt am Freitag, den 12. August 1932,
16 Uhr.

Treffpunkt: Rathaus Wiesbaden-Kloppenheim.
Der Magistrat - Marktverwaltung.

WALHALLA

Heute zum ersten Male!

Das große Doppelprogramm:

1. Ein Film der schauspielerischen
Glanzleistungen:

Der goldene Anker

mit den deutschen Schauspielern

Albert Bassermann,

Jakob Tiedke, Karl Ettlinger, Lucie Höflich,
Ursula Grabley. Regie: Alexander Korda.

Nach dem erfolgreichen Bühnenstück
von Marcel Pagnols.

Für jeden Kinobesucher
ein unvergeßliches Erlebnis!

2. Ein Problem der Ehe
im Tonfilm:

Frau? - Geliebte?

Dieser „Universal“-Tonfilm in deutscher
Sprache behandelt auf hohem ethischen
Niveau ein Problem der Ehe.

Fox tönende Wochenschau.

4, 6.15, 8.30 Uhr.

Restaurant

Täglich mit großer Begeisterung

„Die gelben Dragoner“

WALHALLA

Restaurant

Mittwoch: Großer Regiments-

Marschabend

Orchester: **Willi Walter**

die Gelben Dragoner;

für den humoristischen Teil sorgen

Hans Reimann u. Reo Renner

Rochbrunnen-Konzerte.

Donnerstag, den 4. August 1932.

11 Uhr:

Früh-Konzert

am Rochbrunnen. Ausgeführt von dem städtischen
Kororchester. Leitung: Konzertmeister Otto Riech.

1. Ouvertüre zur Oper „Das eiserne Pferd“ von
F. Huber.

2. Gardas Nr. 8 von A. Michels.

3. „Verdis Triumphe“, Melodien aus Verdis Opern
von V. Weninger.

4. Im Morgengrauen. Walzer von D. Petras.

5. Melodien aus der Operette „Der Graf von
Luxemburg“ von Fr. Lehár.

6. Bella Billa. Marsch von E. Morena.

Rurhaus-Konzerte.

Donnerstag, den 4. August 1932.

10.20 Uhr:

Rheinfahrt der Kurverwaltung nach Rüdesheim
und Altmannshausen.

11 Uhr im Abonnement im Rurgarten:
Übertragung des Früh-Konzertes vom Rochbrunnen.

Abonnements-Konzerte.

Leitung: Kurkapellmeister Herbert Albert.

16 Uhr:

1. Ouvertüre zu „Lodoiska“ von L. Cherubini.

2. Roma-Suite von Bizet.

a) Andante tranquillo - Allegro agitato;
b) Andante molto; c) Allegro vivacissimo.

3. Die Spieluhr von A. Pjadow.

4. Fantasia aus der Oper „Das Wunder“ von
Humperdinck.

5. Rhapsodie zum Schwan „Frau Luna“ v. B. Linde.

6. Man laßt, man laßt, man laßt, Walzer v. Gilbert.

7. Klänge aus Rumänien von D. Deuber.

Eintrittspreis für Nichtabonnenten: 0.75 Mk.

[illegible]